

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 6. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Frankreich an der Jahreswende.

Paris, 2. Januar 1903. (Eig. Ber.)

Das verfloßene Jahr hat in Frankreich keine ihm eigentümliche politische Signatur aufzuweisen. Es war die Fortsetzung der Entwicklungen, die in den unmittelbar vorausgehenden Vorjahren eingeleitet haben, wie das Ministerium Combes die treue Fortsetzung des Ministeriums Waldeck-Rousseau ist. Die allgemeine Parteigruppierung ist dieselbe geblieben: die die regierenden Linksparteien, von dem linken Flügel der Bourgeoisrepublikaner bis zum rechten Flügel der Sozialisten — die die reaktionäre Opposition, die unter liberal-nationalistischer Führung steht und von der monarchistischen äußersten Rechten bis zu den melinistischen Republikanern sich erstreckt.

Über gerade die Kontinuität der Entwicklung bildet für Frankreich etwas ganz Neues, besonders in einem Jahre allgemeiner Kammerwahlen. Diese Wahlen haben an der alten Parteigruppierung nicht nur nichts geändert, sondern sie haben sie befestigt. Die alte Regierungsmehrheit ist in die neue Kammer bedeutend verstärkt eingezogen, und diese Mehrheit hat im Ministerium Combes, das dem freiwillig zurückgetretenen Kabinett Waldeck-Rousseau nachfolgte, sofort ihren adäquaten Ausdruck gefunden. Letzteres ist ebenfalls ein Ausnahmefall in einer neugewählten französischen Kammer, die sonst wegen des chaotischen Zustandes der Parteipositionen bzw. der parlamentarischen Fraktionen lange im Dunkel tappen mußte, ehe sich eine relativ feste Parteikombination um ein Ministerium kristallisierte.

Mit einem Wort, der hauptsächlich organische Mangel des französischen Parlamentarismus, der chaotische Zustand der Parteien, der noch mehr das Parlament als die Exekutivgewalt lähmt, hat sich im letzten Jahre am allerwenigsten bemerkbar gemacht, nachdem schon die frühere Entwicklung auf dessen Beseitigung kräftig hingearbeitet hat. Zugleich aber zeigt es sich, daß die Gesundung des bürgerlichen Parlamentarismus, wie sie unter den spezifisch französischen Verhältnissen vor sich gegangen ist, vom proletarisch-sozialistischen Standpunkte aus zwei sehr verschiedene Seiten hat. Bildet sie — wenigstens potenziell, in der Möglichkeit — die Bedingung für eine gedeihliche gefegeberische Arbeit, indem sie das Gesetzgebungs-Instrument leistungsfähig macht, so muß sie andererseits in den gegebenen französischen Verhältnissen um den teuren Preis einer künstlichen Verunsicherung der Klassenverhältnisse zwischen Proletariat und Bourgeoisie erkauft werden.

Somogene große Parteien, die für sich allein oder auch nur mit der Unterstützung kleiner Hilfsgruppen regierungsfähig wären, giebt es nun einmal in Frankreich ebensowenig oder noch weniger wie anderswo. Am regieren zu können, müssen sich mehrere Parteien zu einem Kartell vereinigen, in welchem dann die gegensätzlichen Interessen der verschiedenen Schichten der bürgerlichen Klassen zu einer Kompromiß-Einheit gelangen gegenüber den im Oppositionskartell vertretenen und ebenso kompromittiert denütigten Interessen anderer bürgerlicher Schichten. Die allen sichtbare politische Scheidungslinie geht also nicht durch die tiefen und dauernden Klassenverhältnisse, sondern durch die verhältnismäßig oberflächlichen und wechselnden Furchen, welche die einzelnen Fraktionen der bestehenden Klassen von einander scheiden. Obendrein ist dieses Verhältnis in Frankreich ganz besonders dadurch verschlimmert worden, daß ein Teil der Sozialisten, und dazu der erheblich größere, zu einem integrierenden Bestandteil des linksbürgerlichen Regierungskartells geworden ist.

Die ministeriellen Sozialisten sind es auch, die der Gesundung des französischen Parlamentarismus uneingeschränktes Lob spenden, sie als ein teures Gut an und für sich betrachten, ohne ihre schädlichen Rückwirkungen auf den proletarischen Klassenkampf zu beachten, ja, auch nur einzusehen. Sie sehen einzig die gesteigerte Möglichkeit sozialreformerischer Leistungen, wobei dann ihre berufensten Vertreter nur allzu geneigt sind, die Möglichkeit mit der Wirklichkeit zu verwechseln.

Welcher Abstand aber zwischen dieser und jener liegt, das zeigt ein Blick auf die tatsächlichen parlamentarischen Leistungen des verfloßenen Jahres. Die Bilanz ist bald gemacht. Zu der neulich von mir aufgestellten negativen Bilanz der letzten Herbstsession, in welcher die Juckerreform, die Minnovelle zum Vereinsgesetz und die Verhinderung des die Stadt Paris auspowernenden nationallistischen Gasvertrages die einzigen nennenswerten Produkte der parlamentarischen Gesundung darstellen, — bleibt für den Rest des Jahres nur noch eine auf halbem Wege gebliebene Leistung hinzuzufügen. Ich meine das Achtstundengesetz für die Bergarbeiter, die im Februar noch von der alten Kammer votiert wurde. Der Senat aber hat bisher für die Beratung der Vorlage noch keine Zeit gefunden, ebenso wenig wie für alle anderen „auf der Tagesordnung“ stehenden und teils von ihm bereits in Angriff genommenen Reformen.

Dabei hat die bisherige Nichtsthuerei der neuen Kammer dafür gesorgt, daß das nächste Jahr mit einer Menge laufender Arbeiten belastet ist, die für die Erfüllung der ewigen Reformversprechungen nur sehr wenig Zeit übrig lassen werden. Zu jenen Arbeiten gehört vor allem das Budget des Budgets für 1903, das verfassungsmäßig bis zum 31. Dezember 1902 hätte erledigt werden sollen und dessen Beratung noch nicht einmal begonnen wurde. Die verfassungswidrige Verschiebung der Budgetberatung ist freilich in Frankreich seit 12 Jahren, mit Ausnahme von 1893, zu einer ständigen Regel geworden, wie in der jehigen parteiorganisierten völlig gesunden Kammer. Außerdem ist auf das nächste Jahr die parlamentarische Bewilligung der Kongregationen überwältigt worden.

So bleiben nun die süßen reformerischen Früchte der Gesundung des französischen Parlamentarismus? Liegt nun der Gedanke nicht

nahe, daß das immanente Spiel des tiefen und dauernden Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat alle künstlichen Gesundungsmittel überwindet? Einzig dadurch ist die anscheinend unwillkürliche Nichtsthuerei des ja reformbegierigen und fest organisierten Regierungskartells der Kammer zu erklären, wie ganz besonders die alte systematische Fäulnerei der gleichfalls regierungsfreundlichen Senatsmehrheit.

Die durch die allgemeine Situation bedingte Verunsicherung der Klassenverhältnisse, welche aber durch die Taktik der ministeriellen Sozialisten in entscheidender Weise gefördert wurde, hat so oder anders den Verlauf und den Ausgang der zwei wichtigsten Ereignisse des verfloßenen Jahres beeinflusst: die Kammerwahlen von April und Mai und den jüngsten Bergarbeiterstreik.

Die Kammerwahlen waren zwar, wie gesagt, ein entscheidender Sieg für das Kartell der Linken und eine totale Niederlage für die liberal-nationalistische Opposition. Zugleich aber und in unerklärlicher Verknüpfung damit haben sie so ziemlich einen Stillstand des Sozialismus ergeben — sowohl in seiner Gesamtheit, wie auch in seinen beiden feindlich getrennten Lagern, wenn auch die ministeriellen Sozialisten aus naheliegenden Gründen einige Mandate mehr erlangt haben.

Was den Bergarbeiter-Streik betrifft, so wurde diese gewaltigste wirtschaftliche Aktion des französischen Proletariats gar bald in die der bürgerlich-sozialistischen Kartellpolitik genehmen Bahnen gelenkt. Mag nun sein, daß die eigne Kraft der Bergarbeiter-Organisation so wie so nicht ausgereicht hätte, um bei der niedergehenden Konjunktur einen siegreichen Ausgang zu erzwingen. Jedenfalls aber hätte man dann neben der offenen materiellen Niederlage den großen moralischen Vorteil einer ungebeugten Massenaktion hinter sich gehabt. So aber ist die materielle Niederlage nur verhängt worden, und das zum Nachteil der erzweckten Wirkungen der großen proletarischen Aktion. . . . Bei alledem bleibt der Bergarbeiterstreik immerhin das für die französischen Arbeiter fruchtbarste Ereignis des Jahres. Trotz der Niederlage in der Lohnfrage, dem eigentlichen Gegenstand des Kampfes, wird der Streik für die Durchsetzung der gesetzgeberischen Forderungen der Bergleute umgleich mehr geleistet haben als das bürgerlich-sozialistische Kartellbündnis.

Das neue Jahr beginnt mit den Senatswahlen, die in ihrer sanftmütig-gemüthlichen Weise die geräuschvolle Kammerwahl-Campagne des vorigen Jahres unter denselben Schlagworten wiederholten. Nach dem Fiasco der liberal-nationalistischen Widerstandskaktion, die in der Bretagne bis zu ohnmächtigen Straußversuchen sich verhielt und im ganzen Lande ihre Ohnmacht durch die lächerlich versandete Steuerverweigerungs-Campagne dokumentiert hat, — ist es nicht zweifelhaft, daß die ergänzenden Senatswahlen eine Verhärtung der Regierungsmehrheit bringen werden. Der die Situation beherrschende antiliberalistische Kampf wird deswegen freilich noch nicht bald in den Hintergrund treten.

Das französische Proletariat tritt aber in das neue Jahr unter denselben für eine selbständige Klassenpolitik ungünstigen Zeichen, wie in den letzten Jahren. Man kann ihm nur wünschen, diese Ungunst der Lage durch eine innerliche Ein- und Umkehr seiner ganzen kämpfenden Masse ehe baldigt zu überwinden?

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. Januar.

Moskau.

Trotz der schweren Finanznot des Reiches fordern Militarisismus und Marinismus ihre Löwenbäute. Nicht nur soll der Etat für das neue Haushaltsjahr 1903/04 nicht irgendwelche Minderung der Ausgabebelastung bringen, selbst ein Stillstand bei den vorjährigen Ausgaben ist dem unerlässlichem Moskau der Kriegsausgabenunterstützung: **Wiederum erhöhte Aufwendungen** werden angekündigt! Je schlechter die Reichskasse bestellt ist, je schwerer die Bevölkerung unter dem Druck der indirekten Abgaben leidet, um so räuberischer erhebt sich der Militarisismus und der Marinismus.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ beginnt heute mit der Veröffentlichung der Ziffern des neuen Reichshaushalts-Etats für Marine- und Militärwesen, wie ihn der Bundesrat soeben beschloß. Wir geben daraus die wichtigsten Ziffern wieder.

Der Etat für die Verwaltung der Marine weist, wie für das Rechnungsjahr 1902, Einnahmen in Höhe von 578.927 M. auf. Die Summe der fort dauernden Ausgaben ist veranschlagt auf 93.306.370 M. (gegen 1902 + 6.536.931 M.). Davon kommen u. a. auf Geldverpflanzung der Marineflotte 20.072.019 M. (+ 1.482.873 M.), Indiensthaltungen 23.951.621 M. (+ 1.983.143 M.), Instandhaltung der Flotte und der Werften 24.072.354 M. (+ 1.269.187 M.), Waffenwesen und Befestigungen 8.107.004 M. (+ 625.403 M.). Außerdem erfordert die Zentralverwaltung für das Schutzgebiet Mantschou 71.822 M. (+ 17.722 M.).

Zu den Kapiteln Geldverpflanzung, Sanitätswesen und Klassen- und Rechnungswesen wird ausgeführt, daß die Verrechnung des Personals ebenso wie in den beiden Vorjahren etwa ein Viertel mehr beträgt als die in der Begründung zum Klottengesetz ermittelte Durchschnittsziffer. Es werden neu gefordert 113 Seeoffiziersstellen, und zwar 1 Vize-Admiral, 5 Kapitäne zur See, 11 Fregatten- oder Korvettenkapitäne, 14 Kapitänleutenants 1. Klasse, 11 Kapitänleutenants 2. Klasse, 32 Oberleutenants zur See und 41 Leutenants zur See; ferner 32 Fährliche zur See und 30 Seeladetten; 24 Stellen für Marine-Ingenieure, und zwar 4 Marine-Stabsingenieure, 5 Marine-Oberingenieure, 15 Marine-Ingenieure. Bei den Matrosenabteilungen, der Schiffsjungabteilung und den Werkabteilungen, den Torpedo-Abteilungen und Matrosenartillerie-Abteilungen werden an Unteroffizieren und Mannschaften 2033 Mann neu verlangt. Im Sanitäts-Dienst sind 11 Stellen neu ausgeworfen, an Unterpersonal 10 Stellen.

Unter den einmaligen Ausgaben erscheinen die beiden vierten und Schluskraten für die Linienschiffe „Brandenburg“ und

„Schwaben“ mit je 5.000.000 M., die dritten Kraten, je 4.650.000 M., für die Linienschiffe II und J, die dritte und Schluskrate, 5.060.000 M., für den großen Kreuzer „Friedrich Karl“, die dritten und Schluskraten für die kleinen Kreuzer „Braunschweig“, „Arcona“ und J, je 340.000 M., zum Umbau der Schiffe der Siegfried-Klasse die dritte und Schluskrate von 4.900.000 M., die zweiten Kraten von je 5.350.000 M. für die Linienschiffe K und L, die zweite Krate, 4.200.000 M., für den großen Kreuzer „Graf Kaiser“, die zweiten Kraten, je 2.400.000 M., für die kleinen Kreuzer K, L und „Graf Neuhof“, zum Bau der Kanonenboots B die zweite und Schluskrate von 800.000 M., die zweite Krate von 1.225.000 M., für ein zweites Flugkanonenboot, 500.000 M. für ein Vermessungsschiff, zur Grundreparatur und baulichen Verbesserungen des großen Kreuzers „Kaiserin Augusta“ und des kleinen Kreuzers „Juno“ eine erste Krate von 2.000.000 M., für einen großen Seebagger eine erste Krate von 500.000 M., zum Bau einer Torpedoboots-Division die zweite und Schluskrate von 2.140.000 M. und für eine weitere Torpedoboots-Division die erste Krate von 3.100.000 M. Die Summe der Forderungen für Schiffsbauten beläuft sich demnach auf 74.375.000 M. gegen 75.168.000 M. im Etat für 1902, ist also auf 791.000 M. weniger veranschlagt.

Die Summe der artilleristischen Armierungen beläuft sich auf 30.056.000 M. gegen 23.800.000 M. im Etat für 1902, mithin werden 2.250.000 M. mehr gefordert.

Die Summe der Forderungen für Torpedo-Armierungen beläuft sich auf 4.230.000 M. gegen 4.040.000 M. im Etat für 1902, mithin ist eine Steigerung um 190.000 M. zu verzeichnen. Für Schiffsbauten und Armierungen zusammen werden 104.661.000 M. gegen 1902 mehr 1.649.000 M. gefordert.

Der außerordentliche Etat erfordert für Hafen- und Hochbauten 18.700.000 M. (+ 11.000.000 M.), darunter 250.000 M. als erste Krate für ein drittes Kreuzerboot in Wilhelmshaven, 1.000.000 M. als erste Krate für neue Kiegeleien in Wilhelmshaven am Ems-Jadanal, 300.000 M. als erste Krate für ein Schwimmbad für Torpedoboote in Kiel, 650.000 M. als erste Krate für den Ausbau der Danziger Werft, endlich 6.020.000 M. zum Ankauf von Grundstücken für den Bau eines neuen Dienstgebäudes für das Reichs-Marine-Mit.

Der Etat für das Reichs-Zehakamt weist eine Einnahme von 4.404.580 M. (- 312.670 M.) auf, die fort dauernden Ausgaben sind auf 548.718.000 M. (- 15.529.400 M.), die einmaligen Ausgaben auf 1.800 M. (- 13.700 M.) berechnet. Die Ueberweisungen an die Bundesstaaten sollen 542.092.000 M. (- 14.143.000 M.) betragen, und zwar 354.928.000 M. (- 10.883.000 M.) aus dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer, 108.667.000 M. (- 1.025.000 M.) aus dem Ertrage der Verbrauchsabgabe für Branntwein und des Zuschlags dazu, 78.497.000 M. (- 1.385.000 M.) aus dem Ertrage der Reichssteuerabgaben.

Der Etat über den allgemeinen Pensionsfonds weist an fort dauernden Ausgaben in der Verwaltung des Reichsheeres 92.720.325 M. auf (+ 2.111.530 M.). Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 69.855.240 M. (+ 2.780.823 M.).

Etat für das preussische Reichs-Militärkontingent und die in die preussische Verwaltung übernommenen Kontingente anderer Bundesstaaten. Die fort dauernden Ausgaben betreffen sich auf 448.190.814 M. (+ 5.451.700 M.). In der Begründung wird der „Mangel an Kavallerie“ schwer beklagt und die Befestigung wenigstens des „dringendsten Ostlandes“ durch Zusammenziehung mehrerer vorhandener Soldatens in Bosen und Graudenz gefordert. Ferner wird die Errichtung von 4 Artillerie-Compagnien dem 1. Ost. 1903 ab gefordert. Das Selbstfahrwaffen soll weiter ausgebaut und eine besondere militärische Hochschule begründet werden.

Die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats belaufen sich auf 34.084.608 M. (- 5.888.370 M.). Unter den Forderungen für Kasernenbauten erscheint die erste Krate von 500.000 M. für eine Kasernen des in Berlin-Schöneberg jetzt teils in Mietshäusern, teils in Wohnblöcken vorhandenen garnisonierenden Grenadier-Regiments Nr. 3 (Gesamtanschlag 2.068.200 M.) zc.

Im außerordentlichen Etat werden 23.248.900 M. (+ 4.661.050 M.) gefordert, und zwar 665.000 M. (+ 165.000 M.) als siebente Krate für Feldbahn-Material, 2.154.500 M. (+ 440.800 M.) für das Vorkriegs- und Ausstattungsstellen, 21.092.400 M. (+ 4.394.000 M.) für das Festungswesen.

Der Etat des sächsischen Kontingents weist an fort dauernden Ausgaben 42.245.681 M. (+ 832.407 M.), an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats 6.488.573 M. (- 2.095.050 M.), des außerordentlichen Etats 406.331 M. (- 206.115 M.) auf.

Bei den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats werden als erste Krate 1.904.608 M. (Anschlag 7.527.338 M.) zur Beschaffung von Waffen 98 für Artillerieformationen u. m. verlangt.

Der Etat des württembergischen Kontingents weist an fort dauernden Ausgaben 21.290.470 M. (+ 216.800 M.), an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats 1.407.540 M. (- 181.825 M.) auf.

Nochmals: Offizielle Irreführung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nimmt das Wort, um die Abfertigung abzuschwächen, die wir dem Artikel der ministeriellen „Berliner Korrespondenz“ über die Interpellation betreffend die Mißgriffe bei Verhaftungen hatten zu teil werden lassen. Die „Berl. Korresp.“ hatte behauptet, die Vollstreckung der Straftat des Rebalters Morozoff sei durch Anordnung der Untersuchungsbehörde unterbrochen worden, weil „bekannt gewordenem Tathatsachen die Annahme gerechtfertigt hätte, daß die Straftat genährbraucht werden sollte, um die Ueberwindung der Korrespondenz des Verhafteten mit dem Verteidiger zu vereiteln.“ Wir hatten dies als eine denunziatorische Verächtlichkeit gegen den Genossen Selene bezeichnet, der der Verteidiger Morozoff in

Die Interpellations-Gebühr

beträgt für die festgehaltenen Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf. für wöchentliche und generelle Besuche und Verlesungsbüchlein 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inzertate für die wöchentliche Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochenenden bis 7 Uhr abends, an Feiertagen und Festtagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

dieser Sache gewesen war und auf den allein man die Verantwortung der „Berl. Korresp.“ vernünftigerweise beziehen konnte. Wir hatten gefragt, weshalb die „Berl. Korresp.“ die angeblichen „Thatsachen“ nicht mitteilt, und hatten darauf hingewiesen, daß Genosse Heine die Verteidigung Morawski erst nach dessen Ueberführung in die Untersuchungshaft übernommen hätte.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ muß nun dies zugeben, sucht aber ihre Schlinge auf eine Weise reinzuwaschen, an der diese seine Freunde haben dürften. Sie enthält die „Thatsache“, daß am 28. April 1902, also fast einen Monat, ehe Heine Morawski's Verteidigung in der gegen ihn eingeleiteten Untersuchungshaft übernahm, zwei andere Rechtsanwälte die Gestattung unbefränkter Briefverkehre mit Morawski zum Zwecke eines Wiederaufnahmeverfahrens in einer rechtskräftig abgeurteilten Sache, in der Morawski damals in Strafhaft war, nachgesucht hätten. Deshalb habe der Untersuchungsrichter „befohlen“, daß ein nicht kontrollierbarer Verkehr Morawski's mit seinem damaligen Verteidiger zur Erleichterung der Ermittlungen in der schwebenden Vormuntterschaft bezeugt werden könne.“

Man beachte die von uns im Druck hervorgehobenen Worte. In der „Berl. Korresp.“ war von Thatsachen die Rede, aus denen hervorgehe, daß die Strafhaft bezeugt werden sollte, um die Ueberwachung der Korrespondenz mit dem Verteidiger zu vereiteln, also natürlich mit dem Verteidiger in der schwebenden Untersuchungshaft, in der eine Ueberwachung des Briefverkehrs bis zur Eröffnung des Hauptverfahrens zulässig war. Jetzt iraten an die Stelle dieses Verteidigers zwei andre aus einer früheren Sache, die an dem neuen Verfahren nicht beteiligt waren, nicht einmal etwas davon wußten und deren Korrespondenz mit Morawski den Untersuchungsrichter gar nichts anging. An Stelle der Absicht des Angeklagten oder seines Verteidigers, die Kontrolle des Briefverkehrs zu vereiteln, die die „Berl. Korresp.“ mit dem Wort „sollte“ angedeutet hatte, erscheint in der „Nordd. Allg. Ztg.“ eine „Besorgnis“ des Untersuchungsrichters, daß dies geschehen könnte. Worte die „Berl. Korresp.“ mit dieser „Thatsache“ und damit, daß es sich gar nicht um den Verteidiger Morawski in der schwebenden Untersuchungshaft, den Genossen Heine, handeln sollte, so leicht herausgerückt. So würde sie von vornherein von jedermann ausgelacht worden sein. Darum offenbar dies Spiel mit verteilten Rollen: erst in der „Berl. Korresp.“ eine geheimnisvolle Verdächtigung, die nur auf den Genossen Heine bezogen werden konnte, und dann der Zurückzieher in der „Nordd. Allg. Ztg.“. Eine saubere Polemik!

Wenn übrigens wahr ist, was die „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Ueberführung Morawski in die Untersuchungshaft meldet, so ist das Vorgehen des Untersuchungsrichters in Preußen nichts weniger als gerechtfertigt. Wenn „Thatsachen“, die einen Verdacht der Verdunkelung rechtfertigen, so aufzudecken sollen, dann ist die gesetzliche Beschränkung der Verhaftung wegen Mollussonsverdachts so gut wie illusorisch, und alles ist der richterlichen Willkür anheimgegeben. Jedenfalls hätte der Untersuchungsrichter aber auch bei seiner Auffassung noch die Untersuchungshaft Morawski's vermeiden können, indem er bei den zwei Anwälten aus der früheren Sache angefragt hätte, ob sie bei ihrem Besuch um unbefränkten Briefwechsel beharrten, auch wenn es eine Unterbrechung der Strafhaft zur Folge haben würde. Selbstverständlich würden diese dann den Antrag zurückgezogen haben. Von dem Grundsatze, die Freiheitsentscheidung nach Möglichkeit zu verlagern, entdeckt man in dem gegen Morawski eingeschlagenen Verfahren nichts.

Dreihundertachtzig Kaiser Wilhelm-Denkmal sind bis jetzt in Deutschland errichtet worden. So ist in einem Buche über „Die Denkmäler Kaiser Wilhelms des Großen“ (Bremen, H. Engelke) berechnet worden. Die Sache hat mehr als 20 Millionen gekostet. 106 „Künstler“ haben sie gearbeitet, im Durchschnitt hat also jeder Bildhauer dreimal den alten Wilhelm ausgehauen — welche Bewältigung künstlerischen Schaffens!

Diese Denkmäler sind hergestellt worden wie die Gelegenheits-Gebilde zu Hochzeiten und Festschabenden und sie machen alle die Orte zu erhabenen Sehenswürdigkeiten, die — kein solches Denkmal haben.

318 große Wilhelms in Marmor und Bronze! Wie viel Denkmäler von Goethe, Lessing, Schiller, Beethoven, Bach, Mozart, Kant, Dürer giebt es wohl im Deutschen Reiche? —

Der Hof und die Polemik. Graf Paul v. Hoenbroech beklagt sich bitterlich darüber, daß der Kaiser sein Buch über das „Papsttum“ nicht angenommen hat. Er erzählt tief betrübt:

„Ende Mai v. J. überreichte ich Seiner Majestät dem Kaiser und König durch Vermittelung des Zivilkabinetts mein Werk über „Das Papsttum in seiner social-kulturellen Wirksamkeit“. Es lag in dieser Uebersetzung weder an und für sich, noch für mich persönlich etwas Außergewöhnliches. Nicht an und für sich, da zahlreiche Werke dem Kaiser überreicht werden; nicht für mich persönlich, da ich auch mein früheres Werk: „Der Ultramontanismus, sein Wesen und seine Verlämpfung“ dem Kaiser dargeboten und dafür durch das Zivilkabinet den lätlichen Dank erhalten hatte. Am 19. September v. J. erhielt ich zu meiner größten Ueberschuldung ein vom 18. September datiertes und im Auftrag des Herrn Kultusministers vom Herrn Unterrichtssekretär Weber gezeichnetes Schreiben des Inhalts, daß der Herr Kultusminister „nach den bestehenden Verwaltungs-Grundsätzen die Annahme des dargebotenen Exemplars des Werkes: „Das Papsttum in seiner social-kulturellen Wirksamkeit“ an allerhöchster Stelle nicht zu befürworten vermöchte.“ Zugleich wurde mir das dem Kaiser dargebotene Exemplar durch das Kultusministerium wieder zurückgestellt. Ich erbat nun vom Herrn Kultusminister eine Aufklärung über diese Verwaltungs-Grundsätze und erhielt von Herrn Dr. Studt, der sich damals in Karlsbad befand, den freundlichen Befehl, die Aufklärung werde mir nach seiner Rückkehr zu teil werden. Nachdem sich die zugesagte Aufklärung, aus mir unbekanntem Gründen, längere Zeit verzögert hatte, lud mich am 8. November v. J. der Herr Unterrichtssekretär Weber ein, ihn im Kultusministerium aufzusuchen, um die „Aufklärung“ entgegenzunehmen. Ich folgte dieser Einladung am 11. November.

Zunächst wurde mir bestätigt, daß vom Kultusministerium dem Kaiser ein Immediatbericht über mein Werk erstattet worden sei. Auf meine Frage nach dem Inhalt dieses Berichtes, beziehungsweise nach dem Inhalt der „Verwaltungs-Grundsätze“ teilte mir der Herr Unterrichtssekretär mit, daß eine Einsicht in den Immediatbericht unzulässig sei — was ich durchaus versichere —, daß aber der eigentliche Inhalt der in dem Immediatbericht zur Anwendung gebrachten „Verwaltungs-Grundsätze“ der gewesen sei, daß, weil mein Werk „polemischen Charakter“ trage, seine Annahme durch den Kaiser nicht hätte befürwortet werden können.“

Daß der Kaiser, der selbst einer sehr kräftigen Polemik huldigt, solche Abneigung gegen polemische Werke haben sollte, ist wunderbar. Graf Hoenbroech hat denn auch die Vermutung ausgesprochen, die Weigerung sei wohl darauf zurückzuführen, daß er die regierende Partei, das Centrum, angegriffen habe. Halb und halb wurde das auch im Kultusministerium zugegeben.

Stellenhaft verfuhr es Graf Hoenbroech nun einmal mit einem polemischen Werke im Stile der Offener und Breslauer Heden. Vielleicht hat er damit mehr Glück! —

Die Kritik der Breslauer Kaiserrede. Wegen Majestätsbeleidigung durch eine Besprechung der Breslauer Kaiserrede ist nach der „Mensch. Allg. Ztg.“ gegen die „Frankf. Neuesten Nachrichten“ Anklage erhoben worden. —

Die „Post“ bringt in einem, natürlich gegen die Socialdemokratie gerichteten Kraut- und Rübenartikel auch folgende Bemerkung an:

„Ueberaus bezeichnend für das Wesen des Blattes und den socialdemokratischen Pharisäismus überhaupt ist eine Notiz unter der Epitheta „Eine Hofpredigt gegen die Jöllner“. Dort wird die Bemerkung des Ober-Hofpredigers Dyander in seiner Silberfestpredigt, daß ein Strom von Bosheit, Trug, Lüge und Heuchelei durch unsre Zeit gehe, und seine Wahrung zur Freundlichkeit des Herzens, zu aufrichtigen Wohlwollen christlicher Liebe,

Lauterkeit und Wahrhaftigkeit erwähnt. Obgleich diese Worte wie gemünzt auf das boshafte, läugerische und nichtswürdige Vorgehen des „Vorwärts“ gegen Strupp und das nachherige heuchlerische Gebahren des Beckenbenderlatz erscheinen, hat der „Vorwärts“ die Dreistigkeit, speziell auf dieselben hinzuweisen und sie nach Pharisäerart auf andre zu beziehen, auf die sie nicht im geringsten passen. Es geht nichts über eine eiserne Stirn.“

Mit einer kleinen Variation müssen wir diesmal der „Post“ recht geben. Die Predigt-Sentenz paßt thätlich auch in ganz hervorragender Weise auf die Strupp-Affaire. Ein Strom von Bosheit, Trug, Lüge und Heuchelei ging durch diese Zeit der Strupphege der Scharfmacher. —

Die Spahn-Pläne. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ erläutern neuerdings: „Unser Mitteilungs über einen vom Abgeordneten Spahn beabsichtigten Antrag auf eine weitere Abänderung der Geschäftsordnung des Reichstages ist in einigen Blättern Zweifeln begegnet. Wir haben jene Nachricht auf Grund zuverlässiger Informationen gebracht und haben auch jetzt, nachdem wir uns zweimal mehr geprüft haben, allen Grund, unsere Meldung aufrecht zu erhalten. Der vom Centrum ausgedehnte Antrag hatte, als wir zuerst darüber berichteten, bereits eine so feste Form, daß andere Fraktionen und die Unterstützung desselben angegangen werden konnten. Es wird uns versichert, daß der Antrag auch in die nationalliberale Fraktion gelangt sei, von dieser aber abgelehnt wurde. In welchem Stadium der Antrag sich zur Zeit befindet, wissen wir nicht, allein wir hielten es für angebracht, auf die Nachrichten der „Güter des Parlamentarismus“ hinzuweisen, noch bevor dieselben das Licht der Öffentlichkeit erblickt hätten.“ —

Ausland.

Marokko.

Aus Fez eingegangene amtliche Meldungen besagen, daß Su-Hamara wider Erwarten seinen Sieg nicht ausgenutzt habe. Er sei vielmehr von den Angehörigen des Hiana-Stammes verlassen worden, die sich in die Stadt Tazza zurückgezogen hätten, um ihre Leute an einen sicheren Ort zu bringen. — Nach einer amtlichen Mitteilung aus Fez hat Su-Hamara deshalb bereits den Rückmarsch nach Tazza angetreten. — Der von dem Sultan in Freiheit gesetzte Mulah Mohammed hielt einen feierlichen Einzug in die Hauptstadt, wobei die Menge ihm zuschloß. Nach öffentlich erfolgter Ausöhnung mit seinem Bruder wies der Sultan ihm im schärfsten Schloß seine Wohnung an und teilte ihm mit, daß er ihn zum Gouverneur der Provinz Fez ernannt habe, indem er so auf der Stelle die Rechte zum Simeigen brachte, die sich darauf bezogen, daß Mulah Mohammed die Besitznahme des Thrones anstrebe. Infolge dieser Ereignisse kamen die um Fez herum wohnenden Stämme nach Fez, um den Sultan ihrer Treue zu versichern, und erklärten Su-Hamara für einen Verräter; sie würden ihm den Weg nach Fez verlegen. Damit scheint die unmittelbare Gefahr einer Belagerung der Stadt beseitigt. Alle von der Küste nach Fez führenden Wege sind frei.

Die der „Imparcial“ aus Tanger meldet, übergab der Sultan seinem Bruder Mulah Mohammed den Oberbefehl über die Truppen. Mulah ist damit beschäftigt, die Armee zu reorganisieren; der Sultan soll bedeutende Verstärkungen erhalten haben.

Der „Liberal“ meldet aus Tanger, es gehe das Gerücht, der Sultan sei geneigt, zu Gunsten Mulah Mohammeds abzudanken.

„Imparcial“ giebt übrigens von dem Präsidenten folgende Schilderung: Su-Hamara ist ein geschickter Diplomat und ein verständiger, thatkräftiger Staatsmann. In der von ihm beherrschten Gegend ist die Ordnung nicht gestört. Er achtet die Rechte der Israeliten und zeigt ein korrektes Verhalten gegenüber den Europäern. Man glaubt, daß das marokkanische Reich, wenn die Aufständischen den Sieg davontragen, unverändert und ohne äußere Verwickelungen fortbestehen werde.

Erhebt man nach den obigen Meldungen die Lage des Sultans als günstig, so wird dem „Imparcial“ andererseits aus Ceuta das Auftreten eines zweiten aufständischen Heeres unter einem neuen „Kullah“ Said ben Musah gemeldet, welcher als Befehlshaber des östlichen Teiles Marokkos ausgerufen sei. —

Frankreich.

Die Senatswahlen.

Am Sonntag fanden Senatswahlen statt, durch die ein Drittel der 300 Senatorenstelle zu erneuern war. In die erledigten 98 Sitze teilten sich bisher die Ministeriellen mit 36, die Antiministeriellen mit 42 Sitzen. Bei der Wahl am Sonntag entfielen auf die Konservativen 7, auf die Progressiven 25, auf die Ministeriellen 18, auf die Radikalen 36 und auf die Socialisten 10 Sitze. Die Ministeriellen gewinnen 11 Sitze. Unter den Gewählten befindet sich der ehemalige Polizeipräsident Andrieux.

Nach einer andern Meldung haben die Ministeriellen 15 Mandate gewonnen und 2 verloren, so daß sich ein Gesamtgewinn von 13 Mandaten ergibt. Es sind Sitzwahlen nötig. Der Ministerpräsident Combes wurde im Departement Charente-Inférieure mit 723 Stimmen bei 1007 Wahlberechtigten wiedergewählt. Der Ministerpräsident wurde außerdem auch in Corsika gewählt, wo seine Kandidatur erst gestern seitens der republikanischen Deputierten und Generalratsmitglieder aufgestellt worden war. Der ehemalige Minister des Äußeren Hanotaux ist bei den Wahlen im Departement Aisne unterlegen. Finanzminister Rouvier wurde im Departement Seine-et-Marne zum Senator gewählt. Unter den Senatoren, welche nicht wiedergewählt wurden, sind Bissuel, Casabianca, Farinole, Martell und Gaduel. Unter den Wiedergewählten befinden sich Penral, Lezot, Bernard, Maurice Faure, Vauilat, Piot, Villard, Francis Charnes, Le Probst de Launay, Chamillard, Admiral de Cuverville. Fernand Faure, der im Departement Girone kandidierte, ist unterlegen.

Die regierungsfreundlichen Blätter erklären, daß die gestrigen Wahlen eine neue Befestigung der republikanischen Gesinnung des Landes bedeuteten und daß die Wahlen viel besser ausgefallen seien, als man geglaubt hatte. Die Schlappe, welche die Liberalen und Nationalisten bei den letzten Wahlen zur Deputiertenkammer erlitten hätten, sei durch die gestrigen Ergänzungswahlen zum Senat noch bedeutend verstärkt worden. Mehrere ultraradikale Blätter sprechen ihre besondere Befriedigung über die Niederlage des ehemaligen Ministers Hanotaux aus, welcher mit einem radikalen Deckmäntelchen wieder in das öffentliche Leben habe zurückkehren wollen. — Die nationalistischen und konservativen Blätter heben mit Genugthuung hervor, daß die antiministeriellen Kandidaten in jenen Bezirken, in denen die Regierung in besonders rücksichtsloser Weise gegen die Kongregationen vorgegangen, diesmal eine noch viel größere Mehrheit gefunden haben, als bei den früheren Wahlen. Gegen die Wahl der Antiministeriellen Andrieux und Bruchier im Departement der Niederelben wird Protest erhoben, weil diese beiden nach dem ersten Wahlgange durch Maueranschläge das falsche Gerücht verbreitet hätten, daß die drei ministeriellen Kandidaten sich zu ihren Gunsten zurückgezogen hätten. —

Asien.

Der Kriegentscheidungs-Konflikt.

Die Gesandten aller Mächte, welche das Friedensprotokoll unterzeichnet haben, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika, haben nach Befragung ihrer Regierungen beschloffen, der chinesischen Regierung Voten zu überreichen, in denen darauf hingewiesen wird, daß das Protokoll ausdrücklich die Entschädigungszahlung auf der Goldbasis bestimmt und daß, wenn China seine Verpflichtungen nicht erfüllt, ernste Folgen eintreten würden.

Aus Washington wird dazu gemeldet: Infolge der Weigerung der Mächte, die fällige Räte der chinesischen Kriegentscheidung auf der Silberbasis entgegenzunehmen, wird die Lage hier als etwas beunruhigend angesehen, wenngleich die Regierung nicht glauben kann, daß die Absicht besteht, zum nächsten zu schreiten. Man regt hier an, daß die Zeit gekommen sei, die Angelegenheit dem Ganger Schiedsgericht zu unterbreiten.

Venezuela.

Ein neuer Völkerrichtsbruch.

Aus New York wird gemeldet: Nach einer Depesche aus Puerto Cabello vom 2. Januar haben die blockierenden Kriegsschiffe heute vormittag alle venezolanischen Fahrzeuge aus dem inneren Hafen fortgenommen. Während dieser Maßregel waren Truppen an der Küste gelandet worden. Es fiel kein Schuß und die Besetzung war nur vorübergehend.

Einem Telegramm aus Port of Spain zufolge wird das beschlagnahmte venezolanische Kriegsschiff „Zumbador“ sämtliche Frisen, 40 an der Zahl, nach Port of Spain schleppen. Auf den Frisen wurden zusammen 30 000 Dollar gefunden.

Die Nachricht wird durch folgende Meldung des offiziellen Wolffschen Bureau bestätigt und ergänzt:

Berlin, 5. Januar. Nach einer Mitteilung des Kommodore Scheder vom 4. d. M. aus Curaçao sind am 3. Januar fünfzehn größere venezolanische Segelschiffe in der Lagune von Puerto Cabello durch die deutschen Streitkräfte genommen. Sie werden durch S. M. S. „Storch“ und „Restaurador“ nach Los Roques geschleppt und dort bewacht werden.

Es scheint danach, als ob die deutsche Thatenlust in diesem Kriege ohne Ruhm und Gefahr, um die treffenden Worte Stippings zu gebrauchen, die Sette der Völkerrichtsbrüche nicht abreißen lassen wollte. Ohne Kriegserklärung wurde die venezolanische Kriegsflotte, die sich im Dock zur Ausbesserung befand, beschlagnahmt. An dieser zweifellos völkerrichtswidrigen Aktion beteiligte sich England ebensowohl wie Deutschland; Deutschland jedoch setzte dem Gewaltakt dadurch die Krone auf, daß es sofort mehrere dieser Schiffe versenken ließ, während es sich doch höchstens um eine zeitweilige Beschlagnahme und Pfändung hätte handeln dürfen.

Man weiß, welches Aussehen diese deutsche Heldenthat in der ganzen Welt erregt hat. Man weiß, wie sehr sich die englische Regierung bedauerte, die Verantwortung für den Akt der deutschen Regierung allein zu überlassen. Man weiß auch, daß die amerikanische Regierung das deutsche Vorgehen unterhält als völkerrichtswidrig bezeichnete.

Als dann die Exekutivmächte die Blockade verhängten, erklärte Amerika, daß es dieselbe nur dann anerkennen werde, wenn sie den Charakter der Kriegsblokade trage. Und die Mächte begingen infolgedessen den zweiten großen Verstoß gegen das Völkerricht, daß sie ihre Blockade einfach für eine Kriegsblokade erklärten, obwohl der Kriegszustand gegen Venezuela nicht proklamiert worden war. Die Blockade gilt kriegerisch als Kriegsblokade, sie hat das Bestehen des Kriegszustandes zur Voraussetzung. „Die Blockade“, schreibt der Münchener Professor Illmann in seinem bekannten Werke „Das Völkerricht“, „ist bezüglich ihres rechtlichen Charakters als eine Kriegshandlung aufzufassen, deren Titel in der Kriegsnötwendigkeit liegt.“ Die Exekutivmächte beteuerten aber wiederholt, keinen Krieg gegen Venezuela zu führen und führen zu wollen, als ihre „äußerste Maßregel“ bezeichnete sie die „Blockade“. Daß dies Vorgehen mit dem Völkerricht absolut unvereinbar ist, unterliegt keinem Zweifel.

Nunmehr ist, wie die obigen Depeschen melden, der dritte Völkerrichtsbruch begangen worden, und zwar, wie das offiziöse Telegramm feststellt, durch Deutschland allein. Deutsche Kriegsschiffe sind in den Hafen von Puerto Cabello eingedrungen und haben die dort befindlichen 15 Segelschiffe gelapert. Die Blockade giebt zu einem solchen Vorgehen keine Handhabe. Denn die Blockade ist nach Illmann „die durch Seestreitkräfte bewirkte Absperrung eines Hafens, einer Küstenstraße oder einer Flußmündung zum Zwecke der Verhinderung der Zufuhr und Ausfuhr von Waren irgend welcher Art, sowie der Beförderung von Personen, Postsendungen usw.“ Die Blockade berechtigt also zur Unterbindung des Handels und Verkehrs, nicht aber zur Wegnahme von Handelsschiffen, die sich in den Häfen befinden und keine Piraten machen, die Blockade zu brechen! Eine solche Beschlagnahme von Privateigentum der feindlichen Macht ist nur zulässig während eines wirklichen Krieges; ein solcher Kriegszustand besteht aber gegen Venezuela nach den amtlichen Erklärungen der Kabinetsmächte nicht. Freilich ist ja auch schon die „Kriegsblokade“ ohne Kriegszustand ein Unfug, aber selbst angenommen, die Kriegsblokade bestände zu Recht, so ist die Annektion von Privatschiffen, die friedlich in einer Bucht des blockierten Staates anker, absolut unzulässig. Deutschland scheint sich also vorgenommen zu haben, während des venezolanischen Konflikts den Nachweis führen zu wollen, daß das Völkerricht für seine gepanzerte Faust einfach nicht existiert!

Nein Wunder, daß selbst die zahme freisinnige Presse beginnt, das Vorgehen Deutschlands höchst befremdend zu finden. So schreibt die „Vossische Zeitung“:

„Man unterschied bisher Kriegsblokade und Friedensblokade, wobei die Gültigkeit der Friedensblokade gegen die Schiffe dritter Mächte bestritten war. Jetzt ist die Kriegsblokade verhängt, aber der Krieg nicht erklärt worden. Man hat also eine neue Art der Blokade erfunden, die Kriegsblokade in Friedenszeit. Die Wegnahme von Schiffen, die den Versuch machen, die Blokade zu brechen, hat wenigstens noch einen erkennbaren Selbstverteidigungsgrund. Die Schiffe aber, die in Hafen lagen, wollten nicht die Blokade brechen. Was sollten die venezolanischen Eigentümer mit ihnen machen? Sie haben nicht in den Streit eingegriffen; sie haben nicht die Macht, den Präsidenten Castro, dessen Politik sie vielleicht offen mißbilligen, zum Rücktritt oder zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Sie geben vielleicht in dem Kampf zwischen Castro und den Mächten diesen recht. Und dennoch werden ihnen ihre Schiffe mit samt der Ladung weggenommen.“

Also selbst die biedere Lante Voh schüttelt über das jüngste Heldentstück Deutschlands das greife Haupt. Sie erklärt, daß nicht der mindeste „erkennbare Selbstverteidigungsgrund“ für die Annektion der 15 Segelschiffe vorliegt. Um so kläglich ist der logische Parabelbaum, den trotzdem das freisinnige Blatt schlägt, wenn es fortfährt: „Man wird nicht wahr können, dieses Seekriegsrecht als barbarisch anzusehen.“

Ja, welches Seekriegsrecht dem? Das Seekriegsrecht gegen Venezuela kommt ja gar nicht in Frage, da gar kein Krieg mit Venezuela besteht — die „Vossische Ztg.“ betont ja selbst, daß der Krieg nicht erklärt und die „Kriegs“-Blockade eine wunderliche Erfindung der Exekutivmächte ist —, sondern nur die Blockade, die an sich den blockierenden Mächten keinerlei Recht giebt, die in den Häfen liegenden Schiffe wegzunehmen! Die logische Juendeführung eines vernünftigen Gedankens ist freilich nicht die Sache eines „freisinnigen“ Blattes.

Wenn also die „Vossische Zig.“ anführt, daß Graf Bülow selbst mehrfach die Barbarei des Seefriegsrechts bedauert und unter andern ausgeführt habe:

„Das Deutsche Reich würde seine Zustimmung und Unterstützung nicht versagen, wenn unter Mitwirkung anderer Mächte sich die Aussicht böte, auf dem Wege internationaler Vereinbarung einer internationalen Regelung der strittigen Punkte des Seefriegsrechts näher treten zu können, als dies bisher der Fall ist.“

„Mit einem Wort: auf dem Gebiete des Seefriegsrechts ist der Nachstandspunkt noch lange nicht überwunden worden durch den Rechtsstandspunkt“, so beweist das noch lange nicht gegen das herrschende Seefriegsrecht, das wir wahrlich zu allererst verteidigen wollen, wohl aber umso mehr gegen den verantwortlichen Leiter der deutschen Politik, der nicht einmal diese unzulänglichen Grundsätze des Seefriegsrechts respektiert!

Graf Bülow hält es selbst dem bestehenden Seefriegsrecht zum Trotz mit dem „Machtstandspunkt“, mit der gepanzerten Faust, wie lange freilich, das werden schon die nächsten Tage und Wochen zeigen!

Koch mehr deutsche Schiffe gegen Venezuela.

Kiel, 5. Januar. Das Kriegsschiff „Sperber“ hat heute nachmittag die Ausreise nach Venezuela angetreten.

Zur Lage in Venezuela.

Der „New York Herald“ meldet, am Sonntagabend sei eine diffizierte Depesche aus Venezuela eingegangen, die entweder besage, daß Präsident Castro abgedankt habe, oder daß er im Begriff stehe, dies zu thun. Die Depesche sei nicht deutlich genug, um den Inhalt durchaus klar zu machen. Das Blatt giebt die Nachricht daher mit der erforderlichen Vorsicht wieder.

Das „Neuerische Bureau“ meldet dagegen vom Sonntag, Castro habe in einer Unterredung erklärt, nicht abdanken zu wollen; der Zustand werde bei Nichteinmischung der fremden Mächte bald der Vergangenheit angehören.

Wilmersdorf, 4. Januar. Eine große Zahl kleiner Handelstreibenden verlangen an den Kassierten der Nationalbank von Venezuela in Caracas die Umwechslung von Papiergeld in Bargeld. Infolge des unersättlichen Andranges war es der Bank unmöglich, dieser Verpflichtung nachzukommen; ihre Papiere sind daher geschlossen. Es entstand eine Panik. Den Truppen wurde gestern der Sold noch ausbezahlt, morgen wird dies nicht mehr geschehen können.

Partei-Nachrichten.

100 socialdemokratische Landtags-Abgeordnete.

Der Chemnitzer „Vollstimme“ entnehmen wir eine sorgfältige Zusammenstellung der socialdemokratischen Vertretung in den deutschen Landesparlamenten, wie sie sich nach den letzten so erfolgreichen Wahlen gestaltet hat. Danach sind Socialdemokraten in folgenden 17 Landesparlamenten (in Parenthesen folgen die Zahl der Mitglieder bei, aus denen das Parlament besteht).

Sachsen 11 (154): Birl, Ehrhart, v. Haller, Guber, Reidel, Löwenstein, Merle, Müller, Schmitt, Segig, v. Söllmar.

Württemberg 6 (93): Blumhardt, Hildenbrandt, Keil, Kof, Schäffler, Lauscher.

Baden 6 (93): Dreesbach, Eichorn, Hendrich, Geß, Geiß, Kramer.

Hessen 7 (50): Berthold, Cramer, David, Haas, Drö, Rau, Ulrich.

Oldenburg 6 (33): Duden, Heilmann, Hug, Meyer, Schmidt, Schulz.

Sachsen-Weimar 2 (33): Baudert, Reidt.

Anhalt 4 (36): Günther, Langheld, Feus, Volgt.

Sachsen-Altenburg 4 (30): Buchwald, Horn, Köppler, Schüler.

Sachsen-Coburg-Gotha 10 (90): Bod, Demmer, Hildebrandt, Joos, Köllner, Schauer, Spangler, Tüllig, Wolf, Walter.

Sachsen-Meiningen 7 (24): Ehardt, Hofmann, Wächter, Wehner, Wehner, Weigelt, Ziegler.

Lippe-Deimold 3 (21): Beder-Remgo, Beder-Derlinghausen, Schmitt.

Reuß a. L. 1 (12): Heustel.

Reuß j. L. 5 (16): Wötger, Fiedler, Leben, Payer, Bettelein.

Schwarzburg-Rudolstadt 7 (16): Bloß, Wötger, Fröhlich, Hartmann, Kaiser, Venter, Winter.

Bremen 19 (150): Barthel, Behrens, Blome, Ebert, Engeland, Hartmann, Jmvolde, Junge, Klawitter, Kruse, Währ, Meier, Hofe, Rosenlehner, Strudmann, Ullmer, Volgt, Waigand, Wegener.

Hamburg 1 (160): Stolten.

Sachsen-Lothringen 1 (58): Emmel.

Nicht vertreten ist die Socialdemokratie demnach in Preußen, Sachsen, Graubündel, Schaumburg, Schwarzburg-Sondershausen, Waldeck und Lüneburg. Im Jahre 1900 waren in 14 deutschen Landesparlamenten vertreten, wobei Sachsen noch mit dazu gehörte. Dort sind wir unterdes hinaus „gewählt“ worden, es sind aber dafür Hamburg, Anhalt, Lippe und Sachsen-Lothringen dazu gekommen und die Anzahl der Vertreter hat sich auch erheblich vermehrt.

Gemeindevahlen. In Königreich Sachsen: In Zimmerningen bei Gartha wurden die beiden socialdemokratischen Kandidaten gewählt, so daß wir jetzt die Hälfte der Stige des Kollegiums inne haben. In Döllitz bei Leipzig wurde ein Parteigenosse gewählt und in Hänichen bei Leipzig zwei, ferner einer in Guben bei Meissen und zwei in Königswald.

In Weil im Dorf in Württemberg wurden zwei Parteigenossen gewählt.

In Helleben und Winterstein in Coburg-Gotha wurde je ein Parteigenosse gewählt.

Landtagskandidaturen. Für den Wahlkreis Königsberg i. M. wurde der Genosse Borgmann-Vorlin aufgestellt. Der bisherige Kandidat Genosse Otto Wörle hat abgelehnt. Für Passau wurde Genosse v. Söllmar aufgestellt.

Der Parteivorstand der socialistischen Partei Belgiens hat jetzt ein ständiges Parteisekretariat eingerichtet und den Parteigenossen Raes zum Parteisekretär ernannt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Aufhebung des Tanzverbots gegenüber politischen Vereinen.

Bekanntlich hat das Kammergericht entschieden, daß diejenigen Veranstaltungen politischer Vereine, die sich nicht mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, also insbesondere Tanzveranstaltungen, nicht unter den § 8 des Vereinsgesetzes fallen, daß an ihnen also Frauen teilnehmen dürfen. Die Polizeibehörden haben sich bisher jedoch immer noch an die entgegenge setzte Auffassung des Ober-Verwaltungsgerichts gehalten und ruhig weiter verboten. Nunmehr hat der Minister des Innern, Herr v. Hammerstein, unterm 20. Dezember einen Erlaß an die Regierungsbehörden gerichtet, durch den sie angelesen werden, den Frauen das Tanzen in politischen Vereinen zu gestatten. In dem Erlaße heißt es:

„Die Annahme des Kammergerichts, daß das Ober-Verwaltungsgericht sich dieser Ansicht angeschlossen habe, ist irrig. Vielmehr hält das Ober-Verwaltungsgericht nach einem neuerlichen Erkenntnis an der Ansicht fest, daß die Polizeibehörde auf Grund des § 8 des Vereinsgesetzes befugt sei, alle Veranstaltungen der politischen Vereine, auch derjenigen zu rein geselligen Zwecken, wenn sie unter Teilnahme von Frauen stattfinden sollen, zu verbieten und mit gesetzlichen Zwangsmitteln zu verhindern. Diesen Ausführungen wird seitens

des Ministers des Innern beigetreten. Die Rechtslage er scheint aber zweifelhaft, und eine Befreiung solcher Personen, welche sich den Anordnungen der Polizeibehörden widersetzen, auf Grund des § 15 des Vereinsgesetzes oder wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt ist bei der Stellungnahme des Kammergerichts nicht zu erwarten. Schon bisher ist das Verbot der Teilnahme von Frauen gegenüber den Versammlungen der politischen Vereine zu gesellschaftlichen Zwecken in der Praxis nicht ausnahmslos durchgeführt worden, vielmehr den Polizeibehörden überlassen worden, die Anwendung desselben von örtlichen Rücksichten abhängig zu machen. Nachdem nun auch Anordnung dahin getroffen ist, daß Frauen selbst in solchen Versammlungen der politischen Vereine, in denen öffentliche oder politische Angelegenheiten erörtert werden, zugelassen sind, sofern sie diesen Versammlungen nur als Zuschauerinnen in abgegrenztem Räume beizubehören, ohne an den Verhandlungen thätigen Anteil zu nehmen, erscheint es, selbst abgesehen von den erörterten rechtlichen Bedenken, nicht mehr angebracht, sie von solchen Versammlungen auszuschließen, bei denen, wie bei Tanzfestlichkeiten, Leses-Abenden und dergleichen, die Erörterung öffentlicher oder politischer Angelegenheiten programmäßig gar nicht beabsichtigt ist. Die Polizeibehörden sind deshalb angewiesen, daß sie das Verbot des § 8 Absatz 3 des Vereinsgesetzes bis auf weiteres nur noch gegenüber solchen Versammlungen der politischen Vereine zur Anwendung bringen, die dem Ueberwachungsrecht des § 4 des Vereinsgesetzes unterliegen, weil in ihnen öffentliche Angelegenheiten erörtert oder beraten werden sollen, daß sie aber bei allen andern Versammlungen der politischen Vereine, namentlich bei rein geselligen Zusammenkünften, wie Tanzfestlichkeiten, die Teilnahme von Frauen weiterhin nicht verhindern. Nur dann, wenn diese Art von Versammlungen zu Umgehungen des Gesetzes benutzt wird, wenn also bei geselligen Vereinigungen in die Erörterung oder Beratung öffentlicher Angelegenheiten eingetreten wird und die Frauen sich dabei in einer Weise betheiligen, welche nicht zugelassen ist, würde die Polizeibehörde auf Grund bestimmter Thatsachen befugt bleiben, einzuschreiten.“

Von der Regierung zu Arnberg ist der Erlaß bereits, wie uns berichtet wird, einem Beschwerdeführer eröffnet worden mit dem Bemerkten, seine Beschwerde dadurch als erledigt zu betrachten. Zugleich ist er dahin erläutert worden, daß bei etwaigen Festreden die Frauen sich während der Dauer der Rede ins „Segment“ zurückziehen müßten.

Da der Erlaß mit einem alten Mißbrauche aufräumt, wollen wir es uns verlagern, an seinen Einzelheiten Kritik zu üben, so sehr er auch dazu reizen mag.

Der Prozeß Stöder gegen Koske, zu dessen Verhandlung am vergangenen Sonntag in Königsberg abermals Termin angesetzt war, ist wiederum vertagt worden, weil der Zeuge Ewald nicht geladen war. Es handelt sich in dem Prozeße darum, daß Koske in seiner Eigenschaft als Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“ Herrn Stöder des Meineides bezichtigt hatte, wobei er sich auf die Vorgänge in Berlin in den achtziger Jahren bezog. Herr Stöder hat darauf gegen Koske Strafantrag gestellt. Zweck Verweigerung ist die Verhandlung schon einmal vertagt gewesen.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Mühlenarbeiter Berlins.

Vom Gauvorstand des Mühlenarbeiter-Verbandes wird uns geschrieben:

Als eines derjenigen Gewerbe, die den in ihnen beschäftigten Arbeitern noch die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen bietet, gilt unstreitig das Mühlengewerbe.

Lange Arbeitszeit, unzureichender Verdienst, oft brutale Behandlung und noch gar mangelhafte Wohnverhältnisse, die sich jeder Kontrolle entziehen, hätten längst einschichtige Unternehmer veranlassen sollen, hier die bessere Hand anzulegen. Freilich, wie in der Nahrungsmittelbranche überhaupt, liegt hier nicht mehr wie alles im Argem. Geschieht festgelegt ist eine Maximalarbeitszeit für Großmühlen und solche mit regelmäßiger Betriebskraft von 14 Stunden täglich; für Mühlen mit unregelmäßiger Betriebskraft von 16 Stunden täglich. Wohlverstanden, Arbeitszeit, nicht etwa Ruhe!

Auch eine Sonntagsruhe besteht, freilich mit solch liebevoller Durchsicherung, daß man schon beim Ansehen, geschweige denn beim Anfaßen nichts in den Händen behält. Diese eigenartigen „Schnitzbestimmungen“ für — die Arbeiter sind so vortrefflich, daß noch heute, nachdem sie eine Reihe von Jahren Gesetzeskraft haben, den meisten Unternehmern böhmische Dörfer sind.

Von der Provinz für heute ganz zu schweigen, sind diese Bestimmungen auch in Berlin anscheinend nur auf dem Papier vorhanden. Es giebt in Berlin nur fünf Großbetriebe und sollte man meinen, daß eine Kontrolle gar so schwer nicht sein könnte. Aber weder Polizei noch Gewerbeaufsicht sind im Stande, den ihnen wiederholt bekannt gegebenen Mühlenbetriebern abzuwehren. Ein in Noabit gelegener Großbetrieb arbeitet periodenweise ganz unbeschränkt mit der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen mit einer Reihe von Arbeitern 15 Stunden täglich. Es giebt Arbeiter in diesem Betriebe, die wochenlang Tag für Tag 18 Stunden und auch Sonntags bis spät in den Nachmittag hinein arbeiten. Alles natürlich zum Besten der beteiligten Arbeiter. Damit sie doch existieren können —! Löhne werden hier gezahlt: die Speicherarbeiter pro Tag 3,50 M., für alle im Betriebe selbst Thätigen 3,75 M., mit Ausnahme von vier Mann, die 4,00 und 4,75 M. pro Tag, d. h. in 12 Stunden, verdienen.

Das sind gewiß Löhne, die der Befreiung bedürftig sind. Ein Versuch, im Herbst die niedrigen Lohnstufen den höheren näher zu bringen, scheiterte an der mangelnden Festigkeit der beteiligten Arbeiter. Es gelang dem Leiter des Betriebes, dadurch Uneinigkeit zu erzielen, daß er einigen wenigen pro Woche die glänzende Zulage von 0,75 und 1,50 M. „gewährte“. Damit waren diese so vollst befriedigt, daß sie nicht mehr nötig hatten, und auch heute noch nicht nötig haben, mit ihren Mitarbeitern für weitere Verbesserungen einzutreten. Schadlos zu halten sucht man sich durch zahlreiche Ueberstunden, und hat die Firma es Uneingeweihten gegenüber leicht, mit hohen Löhnen zu prunken.

Die Gewerbe-Inspktion ist verschiedentlich in Anspruch genommen. Befreiung ist aber bis heute sowohl bezüglich der Ueberstunden wie auch der fortgesetzten Sonntagsarbeit nicht zu verzeichnen. Ebenfalls horrende Löhne zahlt die Berliner Dampfmühlens-Gesellschaft vorm. Verhain.

Die Reucintretenden verdienen ganze 3,25 M. pro Tag und können hierfür unter Umständen jahrelang kranken und, wenn es ihnen nicht über wird, warten, bis durch genügenden Abgang besser bezahlte Stellen frei werden.

Und diese sehen dann so aus: zwei Katenführer und ein Schürfer, je 6,75 M., wozu noch eine geringe Ratione kommt.

Diese prächtvollen Löhne zum 1. April v. J. aufzubessern, versprach die Direktion im Herbst 1901, hat dieses dann aber, jedenfalls im Orange der Geschäfte — vergessen! Auch hier wird versucht, durch regelmäßige Ueberstunden in der Woche wie Sonntags dem Verdienst aufzuhelfen.

Zu Klagen giebt hier besonders der verantwortliche Betriebsleiter Anlaß durch schroffe und nichtachtende Behandlung seiner Mitarbeitern gegenüber.

Die Berliner Dampfmühle zahlt Löhne 3,60, 3,75, 4,00 und 4,45 M. pro Tag. Ein im vergangenen Jahre unternommener Versuch, hier höhere Löhne zu schaffen, scheiterte gleichfalls an der Uneinigkeit der Arbeiter. Wie sehr gerade hier Lohnherbungen am Plage wären, erhellt die eine Thatsache, daß der Betrieb seit Jahren nur zu drei Vierteln ganz im Betriebe ist. Einen großen Teil des Jahres stellt er teils ganz, teils wird nur die Hälfte der Arbeiter beschäftigt. Wenn die Lager gefüllt sind, wird einfach der überschüssige Teil der Arbeiter auf die Straße gesetzt und nach Bedarf bei besserem Geschäftsgang wieder eingestellt. Wie anderwärts sind auch hier die Betriebsverhältnisse ein „Mist-

lein rühe mich nicht an“. Man entfristete sich gewaltig, als Befreiung bringen nahe gelegt wurde. Durch Nachregelung und Cuträftungstrummel konnten die Arbeiter eingeschüchtert werden, aber aufgehoben ist nicht aufgehoben.

Dann sind noch übrig zwei Großbetriebe: Victoriamühle und Weizenmühle von E. Salomon. Ueber letztere ist Nachteiliges zu unserer Freude nicht zu sagen. Es werden Wochenlöhne im Maximum von 31,00 im Minimum von 21,00 M. fest, ohne Abzug der Versicherungsbeiträge und mit etwaiger Ruhetage bezahlt. Klagen über rigorose Behandlung durch den Bodenmeister konnten durch Rücksprache durch einen Vertreter der Organisation mit dem Geschäftsinhaber beseitigt werden.

Von der Victoriamühle siehe sich bezüglich der Löhne das Gleiche sagen. Es werden hier gezahlt pro Woche 24,00—27,00 M. Unfrei Wählchen nach möglichst einheitlichen Lohnsätzen wäre hier am besten entpfrohen.

Ueber unendliche Ueberstunden ist hier zumeist zu klagen. Polizei, Revier sowohl wie Präsidium wie auch die Gewerbe-Inspktion konnten keine Remedie schaffen. Trotz Revisionen und trotz festgesetzter Gesetzesverletzung ist Änderung nicht getroffen.

Zu der Profabrik (Dampfmühle) ist eine Bade-Anstalt für die Arbeiterinhaber vorhanden, sonst ist von hygienischen Maßnahmen keine Spur in den Mühlenbetrieben. In Berlin nicht und schon gar nicht in der Provinz. Die angeführten Zustände und nicht im Rahmen dieses Artikels anzuschreibende Uebelstände der Mühlen Berlins und der näheren Umgegend, Tegel, Köpenick, Potsdam etc. sollen Gegenstand der Erörterung einer am 18. Januar v. J. im Englischen Garten stattfindenden öffentlichen Mühlenarbeiter-Versammlung sein, welche rechtzeitig im „Vorwärts“ angezeigt werden wird. Die Organisation ist, seit sie vor 2 1/2 Jahren durch den Wiederantritt an den Deutschen Mühlenarbeiter-Verband neu gekräftigt wurde und seitdem gute Fortschritte gemacht hat, den bestehenden Mischständen gegenüber noch zu schwach.

Es galt zunächst, die Mitglieder zu schulen, der Kampf konnte nicht groß gedacht werden. Bitterkeit wird durch den Druck der öffentlichen Meinung mehr erreicht als durch die zwar unermüdliche aber fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit stathabende Thätigkeit der Organisation.

Durch massenhaften Besuch werden die Berliner Mühlenarbeiter dokumentieren, daß sie ihre Mischenlage begriffen haben, daß sie nicht länger abseits stehen wollen von dem großen Heere der kämpfenden Proletariats, daß sie als ganze Männer für ihr Pensament eintreten wollen. Es muß auch im Mühlengewerbe endlich besser werden.

Sociales.

Der Justizminister und die Arbeitersekretariate.

Das Arbeitersekretariat Deutchen war bekanntlich von den dortigen Polizeibehörden und in Uebereinstimmung mit ihnen von den zuständigen Gerichten als ein anmeldspflichtiger Gewerbebetrieb behandelt und der Leiter des Instituts wegen unterlassener Anmeldung zu 100 M. Geldstrafe verurteilt worden.

Dieses den Absichten des Gesetzgebers widersprechende Verfahren führte zu einer Verhandlung im Reichstage und dort gab der Vertreter des Reichslanzlers, Graf Kosakowski, in Uebereinstimmung mit allen Parteien die Erklärung ab, daß nicht beabsichtigt gewesen ist, die Arbeitersekretariate als anmeldspflichtige Gewerbebetriebe zu behandeln und daß das Urteil gegen das Deuthener Sekretariat den Ansichten der Reichsregierung widerspreche.

Das Urteil blieb indessen bestehen. Der Arbeitersekretär Genosse Winter in Deuthen richtete nun an den preussischen Justizminister das Gesuch, die Strafe zu erlassen. Der Justizminister hat jedoch, wie die „Dresdener Volkszeitung“ berichtet, das Gesuch abgelehnt. Der preussische Justizminister scheint demnach die Ansicht des preussischen Ministerpräsidenten, die dieser in seiner Eigenschaft als Reichslanzler vor dem Reichstage hat abgegeben lassen, nicht zu teilen.

Es mag nicht unerwähnt bleiben, daß ein Versuch des Stadtrates in Gera, das Deuthener Muster nachzuahmen, von der preussischen Regierung im Keime erstickt worden ist.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben die socialdemokratischen Stadtverordneten in Magdeburg einen Antrag an das Kollegium gerichtet, dem Magistrat einen Kredit von 100 000 M. zur Vornahme von Nothstandsarbeiten zur Verfügung zu stellen.

Ueber einen Herzstreik, der am Sonntag früh in Gera ausgebrochen ist, wird uns von dort geschrieben: Zwischen dem Vorstände der Textil-Betriebskrankenkasse und den Krankenärzten sind schwere Differenzen entstanden. Obwohl durch Vertrag mit den Ärzten festgesetzt ist, daß der Krankenrat das allgemeine Recht der Anstellung der Krankenärzte besitzt, beanspruchte plötzlich am Sonntagabend der Krankenrat, daß die Entscheidung darüber, ob der die Zulassung zur Kasse nachsuchende Arzt wissenschaftlich und f a n d e s begrifflich hierzu befähigt erscheine, ausschließlich nur den Krankenärzten zugewiesen sein solle. Den anderen Anstoß hierzu gab wohl die Anstellung eines Arztes, der, weil er das Naturheilverfahren ausübt, zum Krankenrat nicht zugelassen worden ist und mit dem man nicht zusammen arbeiten will, weil er unorganisiert ist. Bemerkenswert ist, daß der Betreffende nicht etwa ein Laie ist, sondern Dr. med. Der Vorstand der Textil-Betriebskrankenkasse hat nun das Ansuchen der Ärzte entschieden abgelehnt, worauf dieselben sofort den Streik erklärten und denselben zwei Stunden später den stammesmitgliedern gegenüber ins Werk setzten. Noch in der Nacht liehen die Ärzte ein schon vor der entscheidenden Verhandlung gebrüchtes Plakat anschlagen, in dem sie den Streik proklamirten. Die Sache hat um so mehr Beirung hervorgerufen, als sie ganz plötzlich auftrat und zwölf Stunden vorher kein Mensch außer den Ärzten davon wußte. Die Kasse hat über 8000 Mitglieder und gegenwärtig einen hohen Krankenstand. Beteiligt sind 28 Ärzte.

25 Jahre Fabrikgesetz in der Schweiz.

Am 1. Januar waren es 25 Jahre, daß das eidgenössische Fabrikgesetz in Kraft trat, aber in der schweizerischen Presse ist dieses wichtigen Gedenktag in der Geschichte der sozialen Gesetzgebung mit keinem Worte gedacht worden. Das wäre aber namentlich seitens der Arbeiterpresse um so mehr angezigt gewesen, als gewisse Elemente, deren Urteil in der Regel durch keinerlei Sachkenntnis getrübt ist, an der Regendenbildung arbeiten, daß das Fabrikgesetz ohne die Socialdemokratie, die damals noch nicht existierte, also von den lieben bürgerlichen Klassen und Parteien geschaffen worden sei. Wahr daran ist nur das eine, daß damals kein ausgeprägter Socialdemokrat in der Bundesversammlung saß. Wenn die ersten schweizerischen Arbeiterkongresse mit dem Normalarbeitstag sind im Kanton Glarus durch die Initiative und die Thätigkeit der dortigen Industriearbeiter gegen den heftigen Widerstand der Industrieherrn geschaffen worden und die organisierten Arbeiter führten schon in den sechziger Jahren die lebhaftesten Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit. Sodann war die damalige radikale Partei eine ganz andere, als sie heute ist, sie hatte ihre geistige Hauptquelle im Kanton Zürich, wo die Bögelin, Kleuser, Friedl, Alb. Lange und andre social denkende und fühlende Männer wirkten, hinter denen die gesamte denkende Arbeiterschaft stand. Die Anfänge der Socialdemokratie — abgesehen von der vordemokratischen Kommunistenbewegung — fallen mit der Gründung der Internationale zusammen und sie war von ihrem Beginn an unablässig thätig für die Schaffung von Arbeiterkongressen.

Das Fabrikgesetz selbst, das am 21. Oktober 1877 in der Volksabstimmung mit 181 369 gegen 100 585 Stimmen angenommen worden, hat sich gut bewährt, unter ihm ist die schweizerische Fabrikindustrie groß geworden und es gewährt daher die beste Grundlage für die weitergehenden Forderungen der organisierten Arbeiterschaft an dem Ausbau der Arbeiterkongress-Gesetzgebung. —

Der sächsische Hofzwist.

Die Krankheit des Königs verstärkt in Dresden die Erregung über den höfischen Zusammenbruch, den die Flucht der Kronprinzessin herbeiführte. Ein am Montag veröffentlichter Hofbericht schildert den Verlauf der Erkrankung Königs Georg seit dem 10. Dezember und schließt mit der Mitteilung, daß seit dem 3. Januar eine Wendung zum Besseren eingetreten sei. Dennoch beschäftigt man sich vielfach mit der Frage, wie sich die Dinge bei schneller Ableben des Königs gestalten sollen. Kann, so fragt man, der Kronprinz die Königswürde übernehmen, nachdem er durch den Ehelohn in eine so überaus seltsame Stellung gegenüber der Bevölkerung gelangt ist?

Inzwischen betreibt man das Verfahren auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft mit großer Eile. Wie das amtliche „Dressener Journal“ meldet, ist der deutsche Konsul in Genf durch Vermittelung des Auswärtigen Amtes ermächtigt worden, der Kronprinzessin von Sachsen die Klageschrift im Prozesse mit dem Kronprinzen an Ort und Stelle in Genf zuzustellen. Auch sei der Dresdener Prozeßvollmächtige der Kronprinzessin, Justizrat Dr. Emil Körner, nach Genf gereist, um mit dem Advokaten Lachenal zu verhandeln.

Die von der Kronprinzessin in Aussicht gestellte Denkschrift, die ihr Leben am Dresdener Hofe und die Geschichte ihrer Flucht wahrheitsgetreu darstellen soll, ist noch nicht fertiggestellt. Es verlautet, die Kronprinzessin werde in der Denkschrift die Gerüchte von angeblichen thätlichen Mißhandlungen widerlegen und feststellen, daß sie aus Widerwillen gegen das drohende Hofleben, und weil sie sich überhaupt unglücklich gefühlt habe, geflohen sei. Die Denkschrift soll nach ihrer Vollendung veröffentlicht werden.

Berkündigungsversuche?

Ein Gewährsmann der „Neuen Freien Presse“ giebt eine Schilderung, wonach der Kronprinz noch vor einer gütlichen Lösung des Konflikts stehe. Der Kronprinz sei noch immer von den besten Gesinnungen für seine Frau erfüllt und sei davon überzeugt, daß sie lediglich in Folge des Einflusses, den Erzherzog Leopold Ferdinand auf sie ausübte, sich zu einem so unüberlegten Schritt habe hinreißen lassen. Sie sei bei ihrem jetzigen Zustande Einflüsterungen nicht zugänglich gewesen.

Mit Giron wolle der sächsische Hof selbstverständlich absolut nichts zu thun haben. Man sei aber überzeugt davon, daß Kronprinzessin Luise, wenn sie von der direkten Einwirkung dieses Menschen irgendwie befreit würde, sehr ernüchtert wäre und die ganze Sachlage plötzlich anders betrachten würde. Ihre Mutterliebe würde alle andern Gefühle und Bedenken zurückdrängen, und sie selbst würde auf Mittel sinnen und sich um Wege bemühen, wie sie auf irgend eine Weise zu einer neutralen Stellung gelangen könnte. Denn es ist eine über jeden Zweifel erhabene Tatsache, daß sie ihre Kinder abgöttisch liebt, und in diesem Punkte habe man, da sie allezeit eine gute Mutter gewesen ist, nicht die Absicht, sie mehr bösen zu lassen, als sich nach der Regelung der übrigen Verhältnisse als notwendig erweisen wird.

Selbstverständlich könnte Prinzessin Luise nicht etwa nach Sachsen zurückkehren und dort Landesmutter werden, allein es wäre nicht unmöglich, daß man die Zustimmung zu einer solchen Isolierung gebe, daß die Mutter ihre Kinder sehen und sich ihnen zeitweilig widmen könnte. Bedingung wäre ein völlig abgeschlossenes Leben, wobei man durchaus nicht an ein Kloster oder ein Zirkelhaus denkt, sondern nur an einen der Prinzessin zugewiesenen ruhigen Aufenthalt außerhalb Sachsens, jedoch nicht zu weit von der Grenze.

Diese Darstellung des Wiener Blattes erscheint jedoch sehr unwahrscheinlich. Eine Möglichkeit, daß man von Dresden aus eine solche Lösung ins Auge faßt, wäre nur denkbar, wenn die Verführung übergroß ist, daß die Kronprinzessin, sofern sie schwer bedrängt wird, zu ihrer Verteidigung sehr scharfe Waffen gebrauchen könnte. Daß eine Kronprinzessin manches aus der Hofgeschichte erzählen könnte, ist freilich klar.

Die Kronprinzessin und der Merkantismus.

Vorläufig auch nur in das Gebiet der Vermutungen zu verweisen ist die Auffassung der „Leipziger Neuesten Nachrichten“, daß der Abkehr der Kronprinzessin gegen den Hof besonders durch das dortselbst stets einflussreiche gewordenen Merkantismus verstärkt worden sei. Die sehr „ehrwürdige“ und keine Reizung für die „Durchgegangene“ verdächtige „Deutsche Zeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift, die, wie das Blatt sagt, von jemand verfaßt ist, der tiefen Einblick in das geistige Leben der Kronprinzessin zu thun Gelegenheit hatte. Die Zuschrift führt aus:

„Die Kronprinzessin ist keineswegs die bloß lebenslustige, leichtsinnige Persönlichkeit, wie sie von der ganzen Presse bisher geschildert wurde. Ihre süßliche, leichtlebige Art wird gewiß von niemand bestritten werden, aber ich weiß positiv aus der besten Quelle, die ungefähr möglich ist, daß sie durchaus nicht oberflächlich ist, sondern innerlich tief und einen durchaus ersten Fonds sittlicher Lebensauffassung in sich birgt. Man hat ja zugegeben, daß sie sich mit philosophischen Vätern beschäftigt hat, aber nur solche wie Nietzsche genannt, weil man weiß, daß die Letztere Nietzsche, Frauen zumal, sittlich verdächtig. Aber man hat verschwiegen, daß sie mit lebhafter innerlicher Teilnahme den tiefsten und ernstesten ethischen Fragen auf Spuren nachging, die jeder leichtfertigen Lebensrichtung grundständig entgegensteht. Ich habe dafür urkundliche Zeugnisse noch aus der Zeit kurz vor dem Tode Königs Alberts, und ihre intime Umgebung könnte das bestätigen, wenn sie reden dürfte. Deshalb kann ich nur glauben, daß sie einer Verführung erlegen ist, die nicht von ihr ausging, sondern von außen an sie herantrat.“

Die Kronprinzessin hat nie einen Hehl daraus gemacht, daß sie ihre Kinder anders erziehen werde, als es bisher am sächsischen Hofe üblich war, frei, natürlich und gesund, und es wurde allgemein erwartet, daß, wenn sie einmal Königin sei, eine andre Luft und ein andres Regime in den hohen Regionen einzuleiten werde. Ihr ganzes Auftreten hat darüber keinen Zweifel gelassen. Ihre beispiellose Popularität im ganzen Volke ruhte wesentlich mit auf dieser Hoffnung, die man an sie knüpfte.

Deshalb mußte sie fallen, denn sonst wäre die Herrschaft des Jesuitismus am Dresdener Hofe ins Volk gekommen, und zwar müßte sie es, ehe sie Königin wurde. Wäre sie die oberflächliche, leichtfertige und sittlich angegangene Persönlichkeit, wie man sie jetzt malt, so hätte sie ruhig in Dresden thronen können, denn sie wäre nie gefährlich geworden, und man hätte alles gern übersehen, weil sie dann die Schwarzen hätte schalten lassen. So aber war sie ein Mensch mit Tiefgang, der zu einer selbständigen Persönlichkeit auszuweisen drohte. Es war mit Bestimmtheit zu erwarten, daß sie einst nicht nur den König in der Richtung einer Emanzipation von der Antike beeinflussen, sondern auch die künftige Generation des Saues Wetin zu innerer Freiheit und Festigkeit gegenüber Roms Ansprüchen führen werde. Das durfte nicht sein. Deshalb wurde sie von den schwarzen Gewalten moralisch umgebracht, ohne daß sie und das Mittel zum Zweck eine Ahnung davon hatte. Vorbereitet war es durch jahrelange zweideutige Gespräche über ihren Lebenswandel und durch eine Fülle von Schikanen, mit denen immer wieder ihr persönliches Gleichgewicht erschüttert wurde. Aber die Natur der Frau auch nur einigermaßen kennt, weiß, wie leicht der teilnehmende Freund einer unglücklich verheirateten Frau gefährlich werden kann. Man laßt das unglückliche Opfer häßlicher Intrigen nur bedauern, nicht zu urteilen...“

Aus Industrie und Handel.

Der Kampf des Kleinhandels gegen die Konsumvereine freibt recht sonderbare Blüten. Den Handels- und Gewerbetreibenden, welche die Bekämpfung, richtiger vielleicht die Eliminierung der Konsumvereine als eine ihrer Spezialitäten betrachten, hat sich nun auch die Handelskammer der großen Industrie- und Handelsstadt Göttingen angeschlossen, die in dem Besitze, den Kleinhandel zu erhalten, tiefgründige Überlegungen darüber anstellt, ob es nicht vorteilhaft für den Detailhandel sein könnte, wenn den Konsumvereinen die Dividendenverteilung verboten würde. Prinzipielle Bedenken stehen nach Ansicht der Handelskammer einem solchen Verbot nicht entgegen und ebenso wenig werden dadurch berechtigte Interessen verletzt — es ist merkwürdig, daß überhaupt noch berechtigte Interessen der Konsumvereine anerkannt werden — denn der Zweck der Konsumvereine sei allein die Beschaffung guter und billiger Waren durch genossenschaftlichen Zusammenkauf. Diesem Zweck wäre das Dividendenverbot sogar direkt entgegen; er würde recht wohl dadurch erreicht werden, daß den Mitgliedern die Waren entsprechend billiger geliefert werden.

„Es kann“, heißt es in der Begründung, „nicht verkannt werden, daß das Verbot der Dividendenverteilung die Folge haben würde, daß die Verkaufspreise der Waren der Konsumvereine sich entsprechend niedriger stellen müßten. Der Detailhandel glaubt aber diese Konkurrenz nicht fürchten zu sollen. Denn durch den Wettbewerb nicht nur der Konsumvereine, der Warenhäuser, Versandgeschäfte u. a., sondern auch der Detaillisten untereinander ist der Nutzen, namentlich beim Kolonialwaren-Geschäft, so minimal geworden, daß auch die Konsumvereine die Preise kaum billiger stellen können als die Detaillisten. Es ist ein Irrtum, wenn man annimmt, die Speise der Konsumvereine seien sehr niedrig. So ist es z. B. — wie die Handelskammer betont — eine allgemeine bekannte Tatsache, daß bei sehr vielen Konsumvereinen die Lagerhalter und sonstigen Angestellten sehr bedeutende Provisionen von den Fabrikanten und Großhändlern beziehen, die von letzteren natürlich wieder auf den Preis der Ware geschlagen werden. Im übrigen kann aber der gelehrte Staatsmann der Konkurrenz, welche sich ausschließlich in der Preisunterbietung geltend macht, mit Erfolg entgegenzutreten, wenn er Warenkunde, Kenntnis der Geschmacksrichtungen des Publikums und die Gabe, sich den Wünschen desselben anzupassen, im Geschäft zu verwerthen versteht, vor allem auch durch Ausnutzung günstiger Konjunkturen beim Einkauf. Ganz anders liegt es mit der Konkurrenz durch die Dividendenverteilung. Die Dividenden bilden die Hauptanziehungskraft für den Erwerb neuer Mitglieder. Die Konsumvereine, welche absichtlich auf hohe Dividenden arbeiten, erzielen solche nicht durch höhere Preisstellung, sondern durch Lieferung minderwertiger Waren. Bei vielen Warenqualitäten, z. B. Kaffee, Mehl, Rubelfabrikaten, namentlich aber bei den Manufakturwaren ist es selbst dem Kaufmann schwer, die einzelnen Qualitäten zu unterscheiden, geschweige denn den weiteren Kreisen der Konsumenten.“

Der letzte Satz zeigt recht deutlich, worauf die ganze Erörterung hinaus will. Sobald die Dividenden resp. Rückvergütungsverteilung aufhört, so spezifizieren die Hintermänner der Handelskammer, hat der Konsumverein uns gegenüber keinen Vorteil. Er verkauft Kaffee zu einer Mark, Mehl zu zwanzig Pfennig, Zucker zu dreißig Pfennig — wie auch. Daß die Qualität eine verschiedene ist, daß das Mehl, das bei uns zwanzig Pfennige kostet, dort nur achtzehn oder siebzehn Pfennige kostet, vermögen die „weiteren Kreise der Konsumenten“ nicht zu unterscheiden. Der Verein hat also dann nichts mehr voraus.

Die Streifenförderung der Felsen des rheinisch-westfälischen Kohlenbundes belief sich im vorigen Jahre (1902), so weit sich heute berechnen läßt, auf rund 48 000 000 Tonnen gegen 50 411 026 Tonnen in 1901, 52 080 898 Tonnen in 1900 und gegen 48 024 014 Tonnen in 1899. Die Förderung war mithin rund 1 800 000 Tonnen oder 3 1/2 Proz. niedriger als im Vorjahre und sogar rund 3 450 000 Tonnen oder 6 1/2 Proz. niedriger als im Jahre 1900.

An der Gesamtproduktion Preußens waren die Schindelförderer mit etwa 58 Proz., an der Produktion des Ruhrbezirks mit 84 Proz. beteiligt.

Zur Lage der französischen Eisenindustrie. Wie die „Industrie“ berichtet, hält sich der französische Eisenmarkt im ganzen schwach, die Befestigung durch den Anstieg der Kohlenbergwerke war nur vorübergehend. In Paris regelt man für Walzeisen nicht mehr als 102 1/2 Frank für Träger in Eisen und Stahl 172 1/2 Frank. In Koblenz haben sich die Vorräte stark gelichtet, unterstützt durch eine härtere Ausfuhr in diesen sowohl als auch in verarbeiteter Ware. Die Erzeugung ist wieder vermindert worden, dabei aber in Güte-Eisen gegen das Vorjahr schwächer, dagegen in Ruddleisen und namentlich Thomaseisen erheblich stärker. Dem schwachen Arbeitsstand sagt auch der Staat aufzuhelfen, indem er für seine Rinken auf drei Jahre 32 000 Tonnen Schienen zum mittleren Preise von 170 Fr. zugeweiht hat, 11 500 Tonnen Stahlschwellen zu 186 Fr., 16 000 Tonnen gußeiserne Schienenstücke zu 90 Fr. und fast 3000 Tonnen Linsen, Schrauben usw. zum Mittelpreise von 250 Fr.

Neu-Auflage des Zuckerartikels. Die „Neue Hamburgische Börse“ meldet, daß in einigen Tagen in Berlin eine neue Konferenz von Zuckerindustriellen stattfinden wird, um ein Kartell zwischen den Rohzuckerfabrikanten und Raffinerien einerseits und den Weißzuckerfabrikanten andererseits nach der durch die Brüsseler Konvention geschaffenen Sachlage herbeizuführen. Die Weißzuckerfabrikanten sollen nicht geneigt sein, mit der andern Gruppe zusammenzugehen.

Nippon Hosen Kaisha. Seit Japan seine Thore den europäischen Barbaren öffnete, hat nicht nur die Industrie, sondern auch die Schifffahrt dort rasche Fortschritte gemacht. Japan besitzt heute eine der größten Dampfschiffreedereien der Welt, die Nippon Hosen Kaisha. Die Gesellschaft, die am 25. November in Tokio ihre Generalversammlung abhielt, verteilt nach reichlichen Abschreibungen für das letzte Geschäftsjahr 12 Proz. Dividende. Ihre Gesamtflotte besteht aus 70 Dampfern von zusammen 221 871 Tons Brutto. Ferner befinden sich 6 Schiffe von insgesamt 10 290 Tons im Bau.

Die Westhose Feuerversicherungs-Vant wird ihren Mitgliedern für das Jahr 1902 voraussichtlich auf die eingezahlte Prämie einen Ueberschuß von 75 Proz. derselben zurückgewähren.

Tabakbrand. Die der westfälischen Union in Hamm gehörige große Tabakfabrikation und Schreinerei bei Veldeke ist abgebrannt. Von 130 Stimmmaschinen sind nur 16 vom Feuer verschont geblieben. 200 Arbeiter verlieren infolge des Brandes die Arbeit.

Erhöhung der Lederpreise. In einer Versammlung der Lederfabrikanten Würtembergs wurde gestern für alle Sorten gererbte Leder eine Preisserhöhung von 10 bis 20 M. pro Centner beschlossen.

Gewerkschaftliches.

Eine Konferenz von Agitationsleitern und Gewerkschaften der Gewerkschaften der Provinz Brandenburg und der Nachbarprovinzen fand am Sonntag im Gewerkschaftshause statt, um eine Verständigung bezugs gegenseitiger Unterstützung bei der Agitation der Gewerkschaften herbeizuführen. Es waren 44 Gewerkschaften durch 59 Delegierte vertreten, außerdem war ein Delegierter aus Vlothberg als Vertreter des dortigen Kartells anwesend. Da der vorher bestimmte Referent Ahrens verhindert war, übernahm Kohler aus Stettin das Referat. Er wies darauf hin, wie sehr es im Interesse auch der Arbeiter in den Großstädten liegt, daß sich die gewerkschaftliche Organisation auch auf die kleinsten Orte erstreckt, wie schwer es aber oft wird, in solchen Orten Fuß zu fassen und dann, die gewonnene Position zu behaupten. Das könne erleichtert werden durch gegenseitige Unterstützung bei der Agitation, Austausch von Adressen und Kartellagen, gemeinsames Handeln in der Kartellfrage; wo es zweckmäßig erscheint, durch Zusammenlegung von Vereinen usw. In Stettin haben 11 Gewerkschaften zu diesem Zweck eine Kommission gebildet. Wer von den agitatoren thätigen Personen eine Reihe

unternimmt, hat dies dem Obmann der Kommission vorher mitzuteilen, um eventuell Aufträge von anderen Gewerkschaften mit zu übernehmen. Die Kommission hält alle acht Wochen Sitzungen ab, um Erfahrungen auszutauschen und über neue Maßnahmen zu beraten. Vielleicht, meint der Referent, sei in Berlin eine andere Regelung zweckmäßiger. — Dem Referat folgte eine sehr eingehende Debatte. In mehreren Gewerkschaften findet bereits eine gegenseitige Unterstützung bei der Agitation und Verwirklichung statt, so daß z. B. um Maßregelungen vorzubeugen, Personen von andern Bezirken mit der Leitung von Jahrestellen betraut werden. Einige Redner sprachen sich gegen die Gründung einer Centralstelle für die Agitation aus, oder hielten sie für verfehlt. Ein Antrag von Borkum, (Vergarbeiter) aus Juidau, eine Kommission zu wählen, die die Arbeiten zur Ausführung jenes Planes übernehmen sollte, wurde bei Abstimmung nach Gewerkschaften mit 10 gegen 11 Stimmen bei 3 Stimmenthaltung abgelehnt. Dann wurde folgende von Silberfeldt (Maurer) eingebrachte Resolution mit großer Majorität angenommen:

„Die Konferenz erkennt die Notwendigkeit an, daß die Arbeitervereine, welche die Agitation leiten, sich in größt möglicher Weise solidarisch unterstützen. Diese Aufgabe soll erreicht und gefördert werden: a) durch Zusammenkünfte dieser Arbeitervereine nach Bedürfnis zu gemeinsamer Beratung; b) durch Austausch von Adressen geeigneter Vertrauensleute, Organisationsvorschlüssen usw.; c) durch Unterstützung mit Rat und Hilfe in allen in Betracht kommenden Fragen.“

Die weiteren Vorkarbeiten, sowie die Einberufung der nächsten Zusammenkunft wurden dem Bureau der Konferenz bildenden Personen: Stucke (Holzarbeiter), Ritter (Schneider) und Siering (Schmied), überlassen. Alle auf die Angelegenheit bezüglichen Zuschriften sind an Stucke zu richten. —

Berlin und Umgegend.

Aktion, Brauerei-Arbeiter. Die am Sonntag stattgefundenen Wahlen zu dem Kuratorium des Ring-Arbeitsnachweises endeten mit einem Siege der im Centralverband Organisierten. Bei den Hilfsarbeitern waren überhaupt keine Gegenkandidaten aufgestellt worden und wurden für unsere Kandidaten über 1200 Stimmen abgegeben. Heiß gestaltete sich der Kampf bei den Brauern, doch siegten auch hier die Verbändler mit 516 Stimmen gegen die Bundesgegner, welche nur 304 Stimmen erhielten. Bemerkenswert ist hierbei noch, daß das Kuratorium von nun an auch zugleich der überwiegenden größten Teil des von Arbeitgebern und Arbeitnehmern erst kürzlich beschlossenen Einigungsamts ausmacht. Die Agitations-Kommission.

Eine christliche Arbeiterbewegung? Wie wir im „Gastwirtsgehilfen“ lesen, will der Vicentianer Rumm die bestehenden Arbeiterorganisationen in ein Kartellverhältnis zu einander bringen, von dem jedoch der auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Gastwirtsgehilfen-Verband ausgeschlossen sein soll. Indem Herr Rumm diesen Verband von vornherein ausschloß, hat er sich eine entscheidende Abgabe erpart, denn der Verband der Gastwirtsgehilfen würde selbstverständlich eine etwaige Einladung des Herrn Rumm abgelehnt haben. Am 14. d. M. soll der Rummische Plan auf einer in Berlin stattfindenden Konferenz von Vertretern derjenigen Organisationen, die der ebenso unpraktische wie salbungsvolle Theologe unter seine Fittiche nehmen will, beraten werden. Nach dem zu urteilen, was man von der „Thätigkeit“ des Herrn Rumm weiß, wird bei der Geschichte nichts weiter herauskommen, als allenfalls eine rein äußerliche Nachahmung der den freien Gewerkschaften abgelehnten Einrichtungen, die, mit christlichem Geist erfüllt, zu unbrauchbaren Werkzeugen für die Vertretung von Arbeiterinteressen werden.

Deutsches Reich.

Der Weberstreik in Meerane hat dieser Tage wieder eine Arbeitsniederlegung in Gera zur Folge gehabt. Die dortige Lohnwebererei von Schneider u. Baumgärtel hatte schon vor acht Wochen auf Verlangen der Arbeiter mit der Anfertigung von Meeraner Seccarbeit innehalten müssen. Als nur die Firma neuerdings die damals aus den Stühlen entfernten Meeraner Ketten in Arbeit gab, traten 30 Weber und 10 Weberinnen in den Ausfall. Sie verlangen, daß die Meeraner Ketten wieder aus den Stühlen genommen werden und daß die Firma den Mindestlohn tarif des Fabrikantenvereins anerkenne.

Aktion, Heizungsmonteure! Die Firma Kasperle in Hannover versucht ihre organisierten Monteure zu mahregeln. Sie hat einige schon jahrelang bei ihr beschäftigte Monteure entlassen, und zwar, wie sie einigen Kollegen gegenüber direkt erklärte, weil sie (die Firma) mit den organisierten Kollegen aufräumen will. Zuzug von Monteuren nach Hannover ist streng fernzuhalten. Die Verwaltung Hannover des Metallarbeiter-Verbandes.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes schlägt der nächstjährigen Generalversammlung die Einführung einer statutarisch geregelten Krankenversicherung, eines Sterbegeldes, einer Beihilfe zu den Unzulugskosten und eine Neuregelung der Unterstützung bei Streiks und Maßregelungen vor, wozu sich eine Beitrags-erhöhung von 30 auf 50 Pf. für männliche und von 10 auf 25 Pf. für weibliche Mitglieder pro Woche notwendig erweisen werde.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Madrid, 5. Januar. (W. Z. S.) Der ehemalige Ministerpräsident Sagasta ist gestorben.

Der sächsische Ehelohn.

Genf, 5. Januar. (W. Z. S.) Heute vormittag ist der Kronprinzessin von Sachsen die auf Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft gerichtete Klage des Kronprinzen von Sachsen durch den deutschen Konsul Bothe zugestellt worden. Der Justizrat Dr. Körner in Dresden und der Anwalt der Kronprinzessin Lachenal be. Die Klageschrift enthält die Ladung vor das besondere Gericht in Dresden zum 28. d. M. — Die Beklagte wird die Ehescheidung beantragen.

Morocco.

Madrid, 5. Januar. (W. Z. S.) Der Ministerpräsident Silvela teilte dem Könige in einer Konferenz mit, daß alle eingegangenen amtlichen Depeschen aus Tanger den Witz des Präsidenten bestätigen, wodurch dem Sultan die Reorganisation seiner durch den Aufstand Raxi mitgenommenen Armee ermöglicht werde.

Die Pest in Kazan.

Bremen, 5. Januar. Wie die „Weser-Zeitung“ meldet, erhielt die hiesige Firma Welfers auf eine Anfrage in Kazan die Nachricht, daß dort während der letzten Tage etwa acht Pestfälle täglich unter dem ärmsten Teil der Bevölkerung vorgekommen seien. Alle Mitglieder der deutschen Kolonie befanden sich wohl.

Hochwasser.

Donaueschingen, 5. Januar. (W. Z.) Die Ems und ihre Nebenflüsse führen Hochwasser und haben weite Strecken überschwemmt. Die Weberschläge halten an.

Kreuznach, 5. Januar. (W. Z.) Rahe und Lahn steigen beträchtlich. Es sieht Hochwasser in Aussicht.

Mainz, 5. Januar. (W. Z.) Infolge der Regengüsse der letzten Tage ist der Oberrhein in starkem Steigen begriffen. Nach einer Meldung aus Straßburg ist die Chur über die Her getreten und überschwennt die Niederungen. In Trier stehen die niedrig gelegenen Stadtteile unter Wasser.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Mittwochabend hält der Wahlverein bei Habel, Bergmannstraße 5-7, eine außerordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Erhöhung der Vereinsbeiträge; 2. Aussprache über den Stand der Organisation des Kreises. Da wir in diesem Jahre eine rege Tätigkeit zu erwarten haben, wird zahlreicher Besuch erwartet.

Der Wahlverein von Nowawes-Neuendorf hält am Mittwochabend 1/2 Uhr bei Hienke, Wollstraße, seine Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Geschäftliches; 2. Abrechnung pro IV. Quartal; 3. Jahresbericht des Vorstandes; 4. Neuwahl des Gesamtvorstandes; 5. Kommunales; 6. Verschiedenes. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet zahlreiche Besuch.

Treptow-Baumfalkenweg. Folgende Personen am Orte sind bereit, für solche Gemeindefälle, denen es an Zeit mangelt, die Gemeindefunktionen einzunehmen, diese Aufgabe zu übernehmen: Gente, Pohlmannstr. 25, vorn II; B. Rißlow, Neue Arug-Allee 92; Gackbart, Gröbnerstr. 1, im Fahrradgeschäft; Karow, Baumfalkenstr. 19/20, Eingang Nischelstraße; Kaul, Baumfalkenstr. 32, im Blumengeschäft; Kaul, Baumfalkenstr. 38, im Laden.

Ober-Schöneweide. Morgen, Mittwochabend 8 1/2 Uhr, findet bei Rausch, Wilhelmshofstr. 18, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag, Kassenbericht. Vereinsangelegenheiten. Gäste, auch Frauen haben Zutritt.

Lokales.

Aus der Heilstätte Grabowsee

Wird und über eine Maßnahme berichtet, die dort den allergrößten Unwillen erregt hat und das bisherige gute Einvernehmen zwischen Patienten und Anstaltsleitung völlig zu zerstören geeignet ist. Es ist noch zu erinnern, daß Ende November arbeiterfeindliche Blätter wie „Kreuzzeitung“, „Deutsche Zeitung“ u. a. allerhand Lügennachrichten brachten, worin die selbstverständlich in ihrer großen Mehrheit der Socialdemokratie angehörenden Patienten als eine Gesellschaft von Kauf- und Trunkenbolden hingestellt wurden, die nichts Besseres anzufangen wüßten als Andersdenkende zu vergewaltigen. Obgleich nun der Chefarzt der Anstalt selbst diese Behauptungen als völlig unwahr bezeichnete, scheint es doch, als ob sich weitere schamloserische Einfälle geltend gemacht haben.

Wie uns aus der Anstalt geschrieben wird, hat der Vorstand der Gesellschaft vom Roten Kreuz eine Verordnung erlassen, die dieser Tage vom Chefarzt den Patienten unterbreitet wurde. Sie geht dahin, daß der „Vorwärts“ von den Patienten nicht mehr aus der Hand gegeben werden darf; der Empfänger darf das Blatt zwar für seine Person beziehen, jedoch ist es ihm untersagt, irgend eine Nummer weiter zu geben. Was es mit dieser ungeraden Maßregel auf sich hat, erhellt daraus, daß die Zeitung, die bisher in zwanzig Exemplaren von der Expedition geliefert wurde, selbstverständlich von fast allen Patienten mit Eifer gelesen wird. Für ein einziges Abonnement fehlt den Patienten das Geld und so waren sie darauf angewiesen, ihre gewohnte Lesart von Hand zu Hand gehen zu lassen. Ebenso ist es verboten, daß andre Parteilisten auf den Tischen ausliegen oder an Leidensgefährten weiter gegeben werden. Zuwiderhandlungen werden mit sofortiger Entlassung bedroht. Diese Maßregel wird umso mehr als ungerade empfunden, als die Matzky-Presse vom Schläge des „Lokal-Anzeiger“, des „Tag“, der „Woche“ frei ausliegen und verbreitet werden darf.

Als der Chefarzt diese unerhörte Verordnung bekannt gab, war ein Sturm der Entrüstung die Antwort.

Die Erregung unter den Patienten erreichte am Sonnabend, geschürt durch provokatorisches und demagogisches Verhalten einiger in der Beamtenherrschaft großgewordenen Elemente, ihren Höhepunkt. Man bestürzte einander in dem feinsten Entschluß, lieber die Anstalt zu verlassen, als eine Hausordnung zu unterschreiben, die, wenn sie wörtlich ausgeführt wird, der Willkür und Schläge Thür und Thor öffnet. Erst einigen von Berlin nach Grabowsee gebetenen Arbeitervertretern gelang es am Sonntag, die Erregung zu beschwichtigen und die Patienten zu bewegen, die neue Hausordnung zu unterschreiben. Es wurde dabei von der Erwägung ausgegangen, daß ein Verlassen der Anstalt nicht das geeignete Mittel sei, diese neuen Bestimmungen zu beseitigen, sondern daß es Sache der Arbeitervertreter der Landesversicherungsanstalt Berlin bleibe, den Versuch der Befestigung oder Änderung dieser neuen Bestimmungen zu machen. Denn diese Verordnung ist erlassen worden vom Vorstand der Gesellschaft vom Roten Kreuz unter Zustimmung des Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt Berlin, aber ohne daß die Arbeitervertreter vorher irgendwelche Reminis davon erlangt hätten. Unbedenklich kam aber ausgesprochen werden, daß durch Erlass solcher Bestimmungen, welche eine tiefgehende seelische Erregung unter den Patienten hervorgerufen hätten, die in Frage kommenden Instanzen gegen die für ein geordnetes Heilverfahren in Betracht kommenden Grundsätze in der schwersten Weise gefehlt haben. Können die Herren etwa nicht den von ihnen selbst erlassenen neuen § 7 der Hausordnung, der befragt, daß vor allem ungehörte seelische Anhe für die Patienten notwendig ist?

Wir finden die Maßnahme nur aus der gegenwärtigen arbeiterfeindlichen Zeitströmung heraus erklärlich und müssen der Anstaltsleitung und den Herren vom Roten Kreuz die Verantwortung für die Folgen zuschieben. Daß die Arbeitererschaft bisher unterschiedslos den Heilstätten Vertrauen entgegenbrachte, beruht nicht auf geringsten darauf, daß man es vermied, die Patienten wegen ihrer politischen Auffassung zu malträtieren und sie in ihrem privaten Leben zu behelligen. Wenn diese einzig verständige Praxis geändert werden soll, so wird der Ruf der Anstalt auf das schwerste geschädigt, werden die Heilerfolge arg beeinträchtigt werden. Wir erwarten daher, daß die Anstaltsleitung um ihres öffentlichen Ansehens und der Verantwortung willen, die sie trägt, die ungerade und durch nichts begründete Maßregel aufhebt.

Den schimpfenden Bäckermeistern ins Stammbuch.

Als wir kürzlich in aller Sachlichkeit dem Publikum von verschiedenen Missethäten in Bäckereien Kenntnis gaben, wußten die Herren Innungsmeister vom Germanenverband nichts andres anzufangen, als alles abzuleugnen und von wissenschaftlich falscher Demonstration, verleumdenden Angriffen und Hervorbringung grundloser Erregung zu fesseln. Wir teilten den Herren darauf mit, wo sie die Adressen der von uns nur andeutungsweise genannten Bäckermeister erfahren und sich von der Richtigkeit der uns von der Gesellschaft zugegangenen Mitteilungen überzeugen könnten. Darauf haben die Herren Innungsmeister, so weit wir unterrichtet sind, nichts weiter zu antworten gewußt.

Daß es mit der Unsauberkeit in Berliner Bäckereien recht arg bestellt ist, wird nunmehr auch von amtlicher Seite bestätigt. Nach erhebliche Enthüllungen aus der Postkammer hat nämlich eine Umfrage gezeitigt, welche der bei dem hiesigen Gewerbegericht gebildete Ausschuss für Gutachten veranstaltet hat. Diesem war nämlich die Aufgabe zugefallen, sich über eine Beschwerde über Un-

sauberkeiten in Berliner Bäckereien zu äußern. Der Direktor des Gewerbegerichts, Assessor Dr. v. Schulz, ließ nun bei einer Anzahl von Metzgereien und Krankenhäusern Material sammeln, welches leider recht unangenehme Aufschlüsse über die Verbreitung der sogenannten Bäckerkrähe und anderer unsauberer Krankheiten zu Tage förderte. Als „besonders bemerkenswert“ hebt der Bericht des Ausschusses die Thatsache hervor, daß nach den eingegangenen Angaben der Metzgereien etwa ein Drittel aller an solchen Krankheiten leidenden Bäckergehilfen trotz dieser Erkrankung in Arbeit geblieben ist. (1) Im „öffentlichen Interesse“ verweisen die Gutachter auf die Schrift eines erfahrenen Krankenhaus-Arzt, des Prof. Dr. Gustav Behrend, der da nachweist, daß sich unter den auf ihren Wunsch entlassenen, noch nicht völlig geheilten Patienten, welche ihrer Beschäftigung wieder nachgehen, auch viele Bäcker und Konditoren befinden. Der Ausschuss ersuchte daraufhin den Polizei-Präsidenten, ebenfalls Erhebungen über diese Unsauberkeiten im Bäckerberufe anzustellen und das Ergebnis mitteilen zu lassen, worauf Herr v. Windheim erwiderte, derartige Erhebungen hätten bereits im Herbst 1900 stattgefunden; höheren Orts sei aber in Aussicht genommen, die Abstellung der hinsichtlich der Arbeits- und Schlafräume in den Bäckereien allgemein hervorgetretenen Missethäten durch einheitliche reichs- oder landesrechtliche Bestimmungen herbeizuführen. Unter diesen Umständen müsse von dem Erfolge besonderer Vorschriften für den Stadtkreis Berlin abgesehen werden. (2) Also seit Herbst 1900 weiß die Polizei alles, läßt aber die elektrischen Zustände jahrelang bestehen, weil ein Gesetz „in Aussicht genommen“ sein soll!

Diese Haltung der Polizeibehörde ist für das socialpolitische Verständnis dieser Behörde kennzeichnend.

Die Werkslosigkeit der fogen. Innungskontrolle geht übrigens von neuem aus folgender Zeitungsmeldung hervor: „Polizeiliche Revisionen haben in den letzten Tagen in verschiedenen Stadtbezirken stattgefunden und ein wesentlich anderes Resultat ergeben, als die Kontrolle durch die fogen. Beauftragten der Innungen. So wurden in einem einzigen Polizeirevier des Ostens in 17 Bäckereien Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen festgestellt. Insbesondere wurde vielfach das Fehlen der fogen. Kalendertafel, die zur Kontrolle der Heberarbeitstage dient, gerügt.“

Der Stadtverordneten-Ausschuss zur Prüfung der vom Magistrat für Vereine und Institute u. a. bewilligten Beiträge hat nach mehreren Sitzungen seine Beratungen beendet und beschloffen, der Stadtverordneten-Versammlung folgende Beschlüsse vorzuschlagen: 1. Die Versammlung lehnt für die Zukunft ab, folgenden drei Vereinen: „Sanitätsverein in Berlin und Umgegend“, „Verein der Künstlerinnen und Kunstfreundinnen“ zum Zweck der Erhaltung der Reichenschule, „Festallotz-Stift in Pankow“ Bewilligungen zu bewilligen. 2. Die Versammlung ersucht den Magistrat a) neue Positionen oder Erhöhungen der Beiträge und Beschenke an Vereine und Institute“ in den Etat nur einzusetzen, wenn die Versammlung eine besondere Vorlage angenommen hat. b) Diese Positionen und Materien geordnet zusammenzustellen.

Die Bestallung für den Bürgermeister G. Reide ist im Rathaus eingetroffen. Die Einführung des neu gewählten Bürgermeisters findet am Donnerstag, den 15. d. M., statt. In der nächsten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung werden die neugewählten unbefohlenen Stadträte Jacoby und Stolbe eingeführt. Die Bestätigung des Oberpräsidenten für den gleichzeitig mit dem Bürgermeister Reide gewählten befohlenen Stadtrat D. Hübner wird noch erwartet.

Die Petition der Ständebesitzer und ihrer Stellvertreter um Abänderung und Besserung ihrer Gehalts-Verhältnisse hat der Stadtverordneten-Ausschuss, ebenso wie der Magistrat, abgelehnt. Die Petenten wieser darauf hin, daß nach der jetzigen Regelung ihrer Gehaltsverhältnisse das Höchstegehalt von 5000 M. erst nach etwa 25jähriger Dienstzeit erreicht werden könne; nur zwei Ständebesitzer befänden sich zur Zeit im Genusse des Höchstegehalts. Zu berücksichtigen sei, daß sie kaum vor Zurücklegung des 50. Lebensjahres zur Anstellung gelangen. Magistrat und Ausschuss halten die Gehaltsverhältnisse, die erst vor Jahresfrist neugeordnet seien, für angemessen.

Die Gebildeten. Der „Lammer Vörsen-Courier“ veröffentlicht folgende Zuschrift: „Sehr geehrte Redaktion! Schon in den letzten Jahren haben sich auf den Silvester-Fällen in der Philharmonie recht bedenkliche Szenen ereignet. Die Vorgänge aber, die sich auf dem letzten derartigen Ball in der Nacht zum 1. Januar 1903 abspielten, übersteigen alles bisher Dagewesene und erheischen dringend eine scharfe, öffentliche Rüge. Nachdem in dem überfüllten großen Saale schon an verschiedenen Stellen Schlägereien stattgefunden hatten, was noch schließlich mit der „gehobenen“ Silvesterstimmung zu entschuldigen wäre, gab der Wächler der großen Polonaise, etwa gegen 2 Uhr morgens, das Signal zu den abscheulichsten Dingen. Raun war die Polonaise zu Ende, so bildete sich gerade in der Mitte des Saales ein ungeheurer Kränkel von etwa zwei- bis dreihundert Personen. Aus dieser Gruppe ertönte zunächst ein wüstes Geklirr. Sehr bald entwickelte sich aber ein geradezu empörender Sport. Immer mehr bis zwölf Herren ergriffen eine der „Damen“, die sich im Gebühl befanden, hoben sie hoch in die Luft über die Köpfe der Menge, streckten sie lang aus — und was dann weiter erfolgte, ist der Art, daß es in einer Stellung auch nicht einmal angebendert werden kann. Unter dem brüllenden Jubel der betrachten Rowdies ereigneten sich diese schamlosen Ausschreitungen Angesichts eines nach Tausenden zählenden Publikums in dem vornehmsten Konzert- und Vergnügungs-Clublokal Berlin. Zur Ehre der Ballbesucherinnen, die das Opfer dieser Schandthaten waren, muß es gesagt werden, daß sie sich gegen diese Attentate mit aller Kraft wehrten. Aber was half ihnen das gegen die Uebermacht der erbärmlichen Vurschen, die sich diesen Silvester-Tag leisteten. In den „Amor-Sälen“, den „Blumen-Sälen“, und wie diese Lokale sonst noch heißen, würde eine solche Dignität sofort durch Beamte der Sittenpolizei ersüßt worden sein. Hier aber in der Philharmonie währte dieser widerwärtige Unfug wohl eine halbe Stunde lang, ohne daß in energischer Weise dagegen eingeschritten worden wäre. Da die Maskenbälle in der Philharmonie bisher auch vom anständigen Publikum, sogar von Familien, besucht zu werden pflegten, tragen diese Zeiten hoffentlich dazu bei, eine Wiederholung so skandalöser Ausbrüche unmöglich zu machen.“

Die Silvesterbälle in der Philharmonie wurden von Leuten besucht, denen es auf einen Maun nicht ankommt und die im gewöhnlichen Leben sich über die Verderbtheit der von der Socialdemokratie irregulierten unteren Volksschichten garrichtig genug entlassen können.

Die ausländische Arztapprobation. Frau Helene Bloch-Freidenhelm, die in der Schweiz die Approbation als Zahnärztin erworben hat, zu einer Zeit wo Frauen sie in Deutschland noch nicht erlangen konnten, und die schon seit Jahren in Berlin die zahnärztliche Praxis ausübt, führte zunächst ein Zürichschild, das hinter ihrem Namen die Worte: „in der Schweiz approbierte Zahnärztin“ enthielt. Nachdem sie dies Schild unangefochten jahrelang gehabt hatte, wurde ihr dies infolge einer Entscheidung des Kammergerichts und einer daran anschließenden Forderung der polizeilichen Praxis unmöglich gemacht. Bis dahin nämlich hatten die Behörden den § 147 Nr. 3 der Gewerbe-Ordnung so ausgelegt, daß die Bezeichnung „Arzt“ nur dann verwendet wurde, wenn sie den salschen Ansehen erweckte, als sei der Inhaber eine im Inlande approbierte Medizinalperson, ein Mißverständnis, das in diesem Falle durch den Zufug

in der Schweiz approbiert“ ausgeschlossen werden sollte. Jetzt aber fand das Kammergericht, daß es den nicht im Inlande approbierten Ärzten überhaupt nicht gestattet wäre, sich als „Arzt“ zu bezeichnen, während andre Bezeichnungen nur unzulässig wären, falls sie zu Täuschungen Anlaß geben könnten.

Frau Bloch-Freidenhelm wurde also wegen ihres Schildes angeklagt und zu 10 Mark Geldstrafe verurteilt, so daß sie ihr Schild entfernen mußte. Sie ließ nun auf das neue Schild setzen: Frau Bloch-Freidenhelm, in der Schweiz als Zahnärztin approbiert. Wieder wurde sie angeklagt und nunmehr zu 25 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Sache wurde am 2. Januar vor dem Landgericht I Strafkammer V als Verfassungsgericht verhandelt. Der Verteidiger Rechtsanwalt Wolfgang Heine wies darauf hin, daß zwischen der Fassung des alten Schildes und der des neuen ein erheblicher Unterschied bestände. Auf dem alten Schild bezeichniete Frau Bloch sich selbst als Zahnärztin, was nach der neuen Auffassung des Kammergerichts unzulässig sein sollte. Auf dem jetzigen Schild aber gäbe sie sich selbst überhaupt keine Titulatur, namentlich auch nicht den Namen Zahnärztin, sondern machte nur Mitteilung von der unbestreitbaren Thatsache, daß sie in der Schweiz die Approbation als Zahnärztin erlangt hätte. Da diese ausländische Approbation sie für Deutschland noch nicht zur „Zahnärztin“ im Sinne des deutschen Gesetzes machte, wäre auch die Erwähnung der ausländischen Approbation nicht gleichbedeutend mit einer Beilegung des Titels Zahnärztin. Das Landgericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung.

Trotz der großen Zahl von Schusswunden in Berlin kommen hier sogar am hellen Tage Vorfälle in den Straßen vor, von denen die Polizei keine Kenntnis erlangt, was um so merkwürdiger ist, als es sich um Dinge handelt, die berechtigtes Aufsehen erregen. So wird uns von einem Augenzeugen berichtet, daß am Montag mittag um 1 1/2 Uhr in einer der belebtesten Straßen von Berlin, in der Spandauerstraße, Ecke der Probststraße, auf dem Bürgersteige ein Dame von einem Wagen überfahren und eine Laterne umgefallen wurde. Das Pferd des Wagens kam zu Falle und ein zufällig vorübergehender Feuerwehrmann, der helfen wollte, erlitt eine Verletzung an der Hand. Die Dame wurde in die Simons-Apotheke gebracht. Obgleich sich sofort eine große Menschenmenge ansammelte, fand der Richter der Verhandlung von Marquard, Berlin, genügend Zeit, sein braunes Pferd aufzurichten, sich auf den Boden zu legen und davonzufahren, ohne daß sein Rationale und das der Jungen festgestellt wurde. Als schließlich von der in der Probststraße, also in nächster Nähe befindlichen Polizeiwache Schütleute erschienen, hatte sich der Schwarm längst verlaufen und zwar ohne daß die Polizeiposten auf dem Wolkenmarkt auch nur etwas von dem aufregenden Vorfall bemerkt hätten. Kein Wunder ist es, wenn auch nichts Dinge vorkommen, die nicht zur Kenntnis der Polizei gelangen.

Sehr peinliche Anstöße führte gestern abend gegen 6 Uhr ein Polizeikommissar in der Friedrichstraße herbei. Der Kommissar war in bedenklichem Grade angeheitert und taumelte von einer Seite des Bürgersteiges zur andern. Dies Schauspiel liehen sich natürlich gewisse Straßenpassanten nicht entgehen und bald hatte der betretene Polizei-Offizier ein Gefolge von eiskalten Hundert Personen hinter sich. Als an der Leipzigerstraße ein Schuttmann dem Kommissar die Situation klar machen wollte, lehnte dieser den Vorgesetzten heraus, worauf der Untergebene an seinen Posten zurückkehren mußte. An der Ecke der Mohrenstraße patien endlich zwei andre Schütleute auf die Aufforderung einiger Civilpersonen hin den Betrunkenen in eine Drofsche. Ein lebhaftes Durra begleitete diesen Schluß des widerwärtigen Vorganges.

Glücksstatistik. Der Berliner Kassenverein für Obdachlose teilt mit: Im Monat Dezember nächstgigen im Männer-Hosp 20 781 Personen, wovon 8033 badeten; im Frauen-Hosp 5682 Personen, wovon 1804 badeten. Arbeitsnachweis wird erteilt für Männer: Wiesenstr. 55/59; für Frauen: Fäßlerstr. 5.

Zur Umgestaltung des Grunewalds waren zwei Pläne ausgearbeitet worden, einer im Landwirtschaftsministerium, der andre vom Tiergarten-Direktor Geitner. Dieser Entwurf hat die Billigung des Kaisers gefunden, und es wird jetzt ein besonderer Arbeitsplan fertiggestellt, wonach die Umwandlung ausgeführt werden soll. Die gesamten Kosten sind auf zwölf Millionen Mark veranschlagt; sie werden in der Hauptsache für Straßenbauten verausgabt. Besonders schöne Teile der Forst, die dem Publikum bisher unzugänglich waren, sollen durch neu angelegte Straßen erschlossen werden. Für das zurückbleibende Wild wird in der Umgebung des Jagdschlösses Grunewald ein Revier von zehn Jagden eingerichtet. Der geneigte Plan sieht u. a. auch die Errichtung mehrerer neuer Wirthschaften vor; eine davon soll auf den Havelbergen gegründet werden. In der Nähe des Kaiserturns soll eine Wirthschaft mit errichtet werden. Die Arbeiten sollen im kommenden Frühjahr in Angriff genommen werden.

Zeugen gesucht. Am 20. Juni vorigen Jahres, einem Freitag, nachmittags 4 Uhr, fiel der Arbeiter Gustav Rißau, Nixdorf, Banquidstraße 2, v. 4 Treppen wohnhaft, dort an der Ecke der Jäger- und Faldstraße fahrlos durchgehenden Vorsten in die Jagel und wurde hierbei so schwer verletzt, daß er noch heute an den Folgen des Unfalles leidet. Die Berufsgenossenschaft, an die Rißau sich wegen Unfallschädigung wandte, lehnte die Zahlung einer solchen ab, weil seine Schilderung des Vorganges nicht durch Zeugen bestätigt sei. Rißau bittet nun die Personen, welche bei dem Vorfall zugegen waren, sich bei ihm zu melden, damit er zu seinem Recht komme.

Ein Familiendrama. Der Rentenempfänger Wilhelm Döbel hat am Sonnabendnachmittag um 5 Uhr seine Frau und Tochter in ihrer Wohnung Schmidstr. 44 zu erschließen versucht. Frau Döbel war es gelungen, sich dem Mordanschlag durch die Flucht zu entziehen, während die 22jährige Tochter, die Frau des Widoheuer's Döbel, einen Schuß in den Rücken erhielt. Schwahn, der verhaftet wurde, bestreitet entschieden, die Absicht gehabt zu haben, die Frauen zu töten, sondern wollte ihnen nur einen Denzettel erteilen. Der Mörder, ein dem Trank ergebenere arbeitsscheurer Mensch, lebte seit Anfang Dezember von seinen Angehörigen getrennt. Er behauptet, daß ihm von Frau und Tochter sein Eigentum einbehalten wäre und er hierdurch zu der That veranlaßt worden sei. Erwacht sei noch, daß der Chemann der verunglückten Frau Döbel zur Zeit eines Ringensleidens wegen sich im Krankenhaus befindet. Das Befinden der Frau Döbel ist glücklicherweise bei Beträuflichung der Schwere der Verletzung zufriedenstellend. Eine Gefahr für das Leben der Frau ist jedoch immer noch vorhanden, da ein notwendiger operativer Eingriff, zurecht Entfernung der Wunde, erst in einigen Tagen erfolgen kann.

Vom Helios-Prozess. Das kürzlich eingegangene freisprechende Urteil in dem „Helios-Prozess“, der mehrere Jahre die Gerichte beschäftigt hat, ist nunmehr rechtskräftig geworden, da, wie uns mitgeteilt wird, der Staatsanwalt die gegen das Urteil eingelegte Revision zurückgezogen hat. Bei der Lage der Sache war von vornherein zu vermuten, daß es sich bei der Einlegung der Revision nur um eine Formalität handelte, um auf alle Fälle die Freiz zu wahren. Nun schwebt noch gegen einige der den Freigesprochenen nachfolgenden Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrats, die seiner Zeit das Strafverfahren veranlaßt haben, eine Voruntersuchung, die vom Assessor Kaul geführt wird. In der letzten Zeit haben eingehende Vernehmungen in dieser Sache stattgefunden, die sich auf die Behauptung bezogen, daß der später funktionierende Vorstand und Aufsichtsrat mehrere Jahre hindurch falsche Bilanz gezogen habe, sowie daß, entgegen der Vorchrift des Handelsgesetzbuchs ein angelegliches Verbesserungsverfahren mit einem Werte von 100 000 M. in die Bilanz eingestellt worden sei, obwohl die Gesellschaft nichts dafür gezahlt habe. Diese Voruntersuchung nähert sich nunmehr ihrem Ende.

Verbes. Es ist nicht der geringste Zweifel daran, daß die Dfsee Salzwasser hat.

A. G. 28. Vielen Dank für die Zusendung; das erwähnte Blatt haben wir.

V. Baumann. Wie können Mitteilungen dieser Art nur aufkommen, wenn sie uns vom parteigebirgigen Vertrauensmann oder vom Gewerkschaftsvorstand zugehen.

K. S. Dresdenerstraße. Tragen Sie Ihren Fall in der juristischen Sprechstunde vor.

D. J. Niederröhre. Der Fall ist zu spät gemeldet, als daß er jetzt noch in Blatt hervorgehoben werden könnte.

H. 21. 99. Schädlich ist das Rauchen von Cigarettenabschritten nicht, aber der Raucher, der diesen Teile der Cigaretten anhaftet, macht das Rauchen gerade nicht sehr appetitlich. Durch Anhaften kann man den Tabak nicht vom Nikotin befreien.

D. in Stuttgart. Es ist uns leider nicht gut möglich, Ihnen darin einen brauchbaren Rat zu geben.

C. T. 22. 1. und 2. Die Frage ist, wie wiederholt von uns ausführlich dargelegt ist, freilich. Nach zureichender Ansicht besteht seit dem 1. Januar 1903 für Frauen eine Pflicht zur Rückertaltung bezogener Vermögensgegenstände nicht. Aber nicht aber Ihre Frau die Verpflichtung, so besteht sie. Es ist richtig zu schreiben: Eine Verpflichtung zur Rückertaltung der

betreffenden Summe besteht ist, und die Frage abzuwarten. 3. Rein. — 1893 **After Monnet Sch.** 1. Sie haben nur auf ein Stück des Nachlasses Ihrer Mutter Anspruch. Das Sie eingebracht hat, ist gleichgültig. Es kommt nur darauf an, was Sie hinterlassen hat. Mit ihrem Vermögen kann Sie zu Ihren Lebzeiten anfangen was Sie will. 2. Rein. 3. Wenn gütliche Einigung nicht erfolgt, an das Amtsgericht. — **Charlottenburg.** Rein. — **W. H. 28.** Solche Redewendung ist in den Reichstagsdebatten nicht gebräuchlich. 1001. Wenn der Verein nicht die Erörterung politischer Gegenstände beabsichtigt, zu 1: Rein, zu 2: Ja. 3. Ja. — **W. 21. 13.** Ihr schriftliches Entkommen, gleichviel aus welcher Ursache es sich, ist unzulässig. — **S. 57.** Beantragen Sie bei der Versicherungsanstalt, Breitenstraße 24, das Nachleben herbeizuführen. — **S. 8. 1-3. Rein.** — **J. 23.** Der Nießbrauch wird für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Januar berechnet. Nach Ihrer Darlegung ist er zureichend berechnet. — **Vindener.** 1. Rein. 2. Ja. — **N. 23. Waidhauerstraße.** Sie sind im Unrecht. 1. Rein. 2. Ja. — **W. 1903 g.** Tragen Sie schleunigst den Sachverhalt dem Amtsgericht vor und beantragen Sie, Ihnen zu gestatten, von Ihrem Kame getrennt zu leben. — **J. 60.** Wenn die Kinder nicht innerhalb sechs Wochen seit Kenntnis vom Tode ihrer Mutter der Erbschaft entsagen, so werden sie Erben und halten als solche auch für die Schulden ihrer Mutter. — **W. 8. 29.** Sie sind im Unrecht. Wenn ein Feiertag in die Stundungsgelt fällt, so wird lednerwegs die Stundungsgelt um einen Tag verlängert.

Das steht auch nicht im Verleumdung. Dort steht an der von Ihnen angelegenen Stelle auf S. 95 die zutreffende Folgerung aus § 103 B. G. B.: Ist verurteilt, es darf nur am 1. oder 15. gefündigt werden, so kann, wenn der 1. oder 15. ein Feiertag ist, am 2. oder 16. gefündigt werden.

Witterungsübersicht vom 5. Januar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Seiter	Temp. in C. (M. = 40 F.)	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Seiter	Temp. in C. (M. = 40 F.)
Strombe.	754	SW	3bedekt	4	4	Saparanda	—	—	—	—	—
Hamburg	753	SW	3bedekt	4	4	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	753	SW	3bedekt	4	4	Gott.	747	SW	3bedekt	11	—
Königsb.	753	SW	3bedekt	4	4	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	760	SW	3bedekt	8	8	Paris	762	SW	3bedekt	11	—
Wien	761	SW	3bedekt	5	5						

Weiter Prognose für Dienstag, den 6. Januar 1903.
Mild, jedoch ziemlich trübe und regnerisch, bei lebhaften südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Anzeiger übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, den 6. Januar.

Am Anfang 7 1/2 Uhr:
Cyberhaus. Don Juan.
Schauspielhaus. Das dunkle Thor.
Deutsches. Der arme Heinrich.
Berliner. Maria und Magdalena.
Leistung. Der blinde Passagier.
Neues. Die Großstadtluft.
Rehens. Die beiden Schulen.
Thalia. Die bösen Mädchen.
Welt. Das Nachtlager in Granada.
Central. Madame Scherry.
Belle Alliance Theater. Cupido u. Co. Am Telephon.
Cassio. Moderne Frauen.
Apollo. Nakiris Hochzeit.
Schiller. O. (Wallner-Theater) Ein Ehrenwort.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater) Renaissance.
Carl Weisk. Die letzten Tage der Antillen.
Luffen. Der richtige Schwiegersohn.
Metropol. Neues Allerneuestes.
Buntes Theater. Abergläubisch. — Liebeslied.
Kleines. Erdgeist.
Palast. Auf hoher See.
Tranon. Die Liebeshauekel.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Teibl. Spezialitäten.
Vollge Theater. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten.
Wintergarten. Spezialitäten.
Urania. Taubenstr. 48/49.
Invalidenstr. 57/62. Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

Urania.
Taubenstr. 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Sternwarte
Invalidenstr. 57/62.

CASTANS Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Weihnachts-Ausstellung
Zauberkünstler Mr. Francois Roberts: „Das Verschwinden einer Dame!“
Kasperle-Theater. Lebende Bilder.
Grosses Konzert.

Passage-Theater.
Vorstellung.
Anfang: Sonntags 3 Uhr.
Wochent. 5 Uhr.
Ende 11 Uhr.
Fräulein Auguste
Adamovic
Tanz-Sängerin.
Willy Prager.
14 neue erstklass. Nummern.

Central-Theater
Heute: Zwei Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene 1 Kind frei:
Schneeweißchen und Rosenrot.
Weihnachtsmärchen mit Gesang und Tanz in 4 Bildern.
Abends 7 1/2 Uhr:
Madame Sherry.
Mittwoch, 7. Januar, nachm. 4 Uhr (halbe Preise), jeder Erwachsene 1 Kind frei: **Schneeweißchen und Rosenrot.** Abends 7 1/2 Uhr: **Madame Sherry.**
Donnerstag und Freitag, 7 1/2 Uhr: **Madame Sherry.**

Thalia-Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Heute und folgende Tage:
Die bösen Mädchen.
Große Ausstattung mit Gesang und Tanz in 3 Akten.
Am 1. Akt: Ein sensationelles Entsetzt. Am 2. Akt: Parodistische Reichstagszene. Großes internationales Scherzspiel. Am 3. Akt: Hochglanzsauber. Roma Sanna Garobio.
Sonntagmittags 3 Uhr: **Der Verschwander.**

Luisen-Theater.
Der richtige Schwiegersohn.
Vorher: **Kurmärker u. Picardie.**
Anfang 8 Uhr. Vorher: 19-2. Kaffe.
Vorher: **Der Pfarrer von Kirchfeld.**
Donnerstag: **Der Rattenfänger von Hameln.** Freitag: Zum erstenmal: **Die Cameliendame.** Samstag: **Der richtige Schwiegersohn.** Vorher: **Kurmärker und Picardie.**

Belle-Alliance-Theater.
Heute u. folgende Tage: Ab. 7 1/2 Uhr.
Cupido & Co.
Schmant mit Ges. u. Tanz in 3 Akten.
Hierauf:
Am Telephon.
Drama in zwei Aufzügen.
Ende 10 1/2 Uhr.

Buntes Theater
Königsstr. 69. Anfang 8 Uhr.
Liebesold. Komödie in 5 Akten von Oskar Meténier. Vorher: **Abergläubisch von Marius.**
Sonntag, 11. Dez., nachm. 7 1/2 Uhr: **Volkstüm. Opernvorstellung** bei bedeut. ermäss. Preisen: **Der Waffenschmied.**

Tranon-Theater.
Georgenstr., zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeshauekel.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater
Burgstr. 22. Früher: **Been-Balast.**
Das phänomen. Januar-Programm.
Alles neu! Neu! Alles neu!
8 1/2 Uhr. Neuzinscniert: 8 1/2 Uhr.
Auf hoher See.
Lebensbild in Gesang u. Tanz in 3 Akten.
The Atlantic. Kraft-Akt.
Gehr. Bellong, großart. Melange-M. Jonny Manchonez, das med. Weltbedr. The Helsons, eine Scene im Koffsch. Elsa Byron, Soubretten-Diva.
Anfang: Sonntag 8. Sonntag 7 1/2 Uhr. Entree 50 Pf.

Casino-Theater.
Lohninger Str. 37.
Neu! **Jeany Kern** Neu!
Amores — Gretchen Reimann re. Dazu mit neuer glanz. Ausstattung:
Moderne Frauen.
Großer Erfolg. Reizgem. Couplet. Anf.: Sonntag 8. Sonntag 7 1/2 Uhr. Sonntagmittags 4 Uhr: Ehrliche Arbeit.

Residenz-Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Die beiden Schulen.
(Les deux Ecoles.)
Lustspiel in 4 Akten v. Wfr. Capus. Deutsch von Theodor Wolff.
Nachm. 3 Uhr: **Sein Doppelgänger.**

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Erdgeist.
Son 8-9 Uhr:
Brillante Spezialitäten!
Anf. 9 Uhr: **Nakiris Hochzeit.**
Kunststücken-Operette v. Paul Lincke. Kassen-Eröffnung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Sonntag, den 11. Januar, nachmittags: **Ermässigte Preise!**

Apollo-Theater.
Son 8-9 Uhr:
Brillante Spezialitäten!
Anf. 9 Uhr: **Nakiris Hochzeit.**
Kunststücken-Operette v. Paul Lincke. Kassen-Eröffnung 7 Uhr.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Sonntag, den 11. Januar, nachmittags: **Ermässigte Preise!**
Frau Luna.

Königstadt-Casino.
Holzmarkt, 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich erchl. Spezialitäten-Vorstellung. Jed. Mittwoch, Sonntag und Sonntag Tanzkränzen.
Anf. Sonntag 8. Sonntag 6 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstagabends 8 Uhr:
Ein Ehrenwort.
Einspiel in 4 Akten von Elio Grich Parleben.
Mittwochabends 8 Uhr:
Renaissance.
Donnerstagabends 8 Uhr:
Renaissance.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Dienstagabends 8 Uhr:
Renaissance.
Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Schönthan u. Franz Soppel-Weid.
Mittwochabends 8 Uhr:
Ein Ehrenwort.
Donnerstagabends 8 Uhr:
Jugendfreunde.

Steidl-Theater
Hilfen- (Hagen) 102.
Novität!
Familie Humbert
Ursomödie von Fritz Steidl und das übrige glänzende Repertoire der
Steidl-Sänger.
Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 Pf., im Vorverkauf 40 Pf.

Carl Weiss-Theater.
Große Franzfurter Str. 132.
Die letzten Tage der Antillen
Romantisch-phantastisch. Ausstattungsglänzend in 5 Bildern von G. Ritterfeldt.
Vorher: **Dielebe Vorstellung.**
Sonntagabend: **Robinson Crusoe.** Sonntagmorgen: **Isa Römer.**
Freitag, 9. Januar: **Die Blüte des Bagno.** Schauspiel in 6 Bildern von Gust. Albert.

Sanssouci
Kottbuserthor
Station der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Solce: **Tanzkränzen.**
Montag, den 5. Januar: **Zum letztenmal!**
Unterm Weihnachtsbaum.
Coastalbild

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Tagelaffe 11-1 1/2 Uhr.

Deutsche Konzerthallen
Spandauer Brücke 3
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang: Sonntag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Tagelaffe 11-1 1/2 Uhr.
5 Künstler-5 Kapellen
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.

Gratweils Bierhallen
Theater u. Variété
Kommendanten-Str. 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Täglich: **Gr. Vorstellung.**
Das grosse amüsante
Januar-Programm
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Comabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Streich-Konzert.
Bodentisch: 15. Januar.
Im Kaiser-Zaal:
Norddeutsche Sänger und Tanz.

Metropol-Theater.
Heute Dienstag:
Zum erstenmal:
Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes! Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Scene gesetzt v. Dir. Rich. Schultz.
Gastspiel Julius Spielmann.
Emil Thomas a. G. Henry Bender.
Frid. Frid. Flora Siding. Hansi Reichberg.
300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Rauchen überall gestattet.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Wintergarten
Vollständig neues Programm:
Tortajada Spanische Tänzerin.
Paul Conchas: „Im Bivouac“.
Morton und Elliott, Excentrica.
Walno und Marinette, Tanzduo.
Thompsons Wunder-Elefanten.
Otto Reutter, Humorist.
Das Bordjerry-Trio.
Adrienne Larive, Pariser Sängerin.
Alburtus u. Bartram, Keulen-Jongl.
Richie Duo, Bicycle-Künstler.
Die 7 Allison, Akrobaten.
„Das Mädchen mit dem goldenen Haar“.
Eine Vision.
Pariser Luft, Ballett.
„Die Reise in den Mond“.
Biographische Bilder.

Cirkus Schumann
Dienstag, 6. Januar 1903, abends 7 1/2 Uhr:
Grosser Elite-Abend.
Kolossales Programm.
12 Nummern des Repertoires.
Um 9 1/2 Uhr:
Die grösste Sensation!

Looping the Loop.
Um 9 1/2 Uhr:
Die Perle aller Pantomimen
Die lustigen Heidelberger.
W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstr. 16.
Robert und Bertram.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzen.**
Mittwoch: **Der Goldbaner.**

Café Schurig.
Oranien-Str. 144
dicht am Moritzplatz.
Kaffe 10 u. 15; Bier 10 Pf.
Bilard a Stunde 40 Pf.
Gr. Auswahl v. Zeitungen, modernen Zeitschriften und Journalen. [1903]

Bernhard Rose-Theater
Vabstr. 58.
Mittwoch, den 7. Januar 1903:
Adam und Eva.
Gesangsspiele in 4 Akten v. C. Jacobsen und E. Cio.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Cirkus Busch.
Dienstag, den 6. Januar 1903, nachmittags 3 Uhr:
Extra-Parade-Vorstellung
Abends **Dahomey.**
In beiden Vorstellungen: **Elefanten, Jagd und Societon.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 7. Januar, abds. 8 1/4 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen.
Zur Beachtung!
In allen Versammlungen werden die statistischen Fragebogen ausgegeben. Zu einer vollständigen, brauchbaren Statistik, die die wirkliche Lage in unfrem Gewerbe wiedergibt, gehört die Beteiligung aller Mitglieder. Es liegt deshalb im Interesse der Mitglieder, daß sie aus allen Werkstellen **Vertrauensmänner** entsenden, die die Fragebogen in Empfang nehmen. Die Fragebogen müssen umgehend ausgefüllt und nach dem **Bureau, Engel-Ufer 15,** eingekandt oder auf den Zahlstellen abgeliefert werden.

Moabit: bei **Jocksch, Turmstr. 84.** 7/3
Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Wedding und Gesundbrunnen: bei **Herrn Raabe, Solbergerstr. 23.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstätt-Kontrollkommission. 2. Verbands- und Werkstätt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Die Vertrauensmänner haben die ausgefüllten Fragebogen mitzubringen. Die Kollegen von **Gebirder Sparr, Charffestr. 39,** werden ersucht zu erscheinen.

Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt: bei **Wernau, Schwedterstr. 23/24.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstätt-Kontrollkommission. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Werkstätt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Osten u. Nordosten: bei **Mann, Strauhbergerstr. 3,** abends 7 1/2 Uhr.
Tagesordnung: 1. Bericht der Ekleute. 2. Werkstätt-Angelegenheiten. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Südosten: bei **C. Behrend, Manteuffelstr. 95.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstätt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Süden: bei **Retzolk, Jelt Doberstein, Wasserthorstr. 68.**
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Süd-Westen und Westen: in **Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes.
Modell- und Fabrik-Tischler
bei **Dieke, Aderstr. 123.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstätt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Drechsler.
Norden bei **Schmid, Brunnenstr. 150.**
Osten bei **Matthes, Koppenstr. 41.**
Südosten und Westen bei **Stamm, Ritterstr. 123.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstätt-Differenzen. 3. Verbandsangelegenheiten, Ausgabe der statistischen Fragebogen. 4. Verschiedenes.
Musikinstrumenten-Arbeiter.
Abends 8 1/2 Uhr im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal V.**
In dieser Versammlung werden die neuen Vertrauensmänner-Listen ausgegeben. Ausgabe der statistischen Fragebogen.

Bezirk Friedrichsberg.
Am Dienstag, den 6. Januar, abends 8 1/2 Uhr.
bei **Lutterbuse, Friedrich Karlstr. 11.**
Tagesordnung: Bericht der Kommission. 2. Verbands- und Werkstätt-Angelegenheiten.
Ausgabe neuer Vertrauensmänner-Listen und der Statistik-Fragebogen.
Achtung! Parkettleger! Achtung!
Mittwoch, den 7. Januar, abends 8 Uhr,
im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15,**
Versammlung
sämtlicher Kommissions-Mitglieder und Vertrauensleute.
In der Versammlung werden die Fragebogen und die neuen Vertrauensmänner-Listen ausgegeben.
Stock- und Celluloidarbeiter
bei **Bareinz, Bräudenr. 7.**
Die ausgegebenen Fragebogen sind mitzubringen.
Die Ortsverwaltung.

Socialdemokratischer Wahlverein
f. d. 4. Berl. Reichst.-Wahlkreis (Osten).
Dienstag, den 6. Januar 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
im Lokale Große Frankfurterstr. 117.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Rechtsanwalts Victor Fränkl über:
Polgeschehen, 2. Disziplin, 3. Antrag auf Erhöhung der Beiträge von 20
auf 25 Pf. vom 1. Januar 1903 an, 4. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch
legitimiert. — Um zahlreiches Besuch ersucht
Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin
Mittwoch, den 7. Januar 1903, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus (Saal 8), Engel-Ufer 15:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes, des Lehrer-
Kollegiums und der Revisoren, 2. Statuten-Änderung und Anträge,
3. Schulangelegenheiten und Verschiedenes. 4. 1/2
Mitgliedsbuch legitimiert. Beiträge werden entgegen genommen

Sonntag, den 25. Januar 1903,
in den Gesamträumen des Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer No. 15:
Zwölftes Stiftungsfest.
Künstler-Konzert
(Harmonium, Flügel, Cello, Harfe)
ausgeführt von der Berliner Künstler-Vereinigung.
Fest-Rede. Recitationen. Gesang.
Kasseneröffnung 5 Uhr, Anfang 6 Uhr. Billet 50 Pf. Garderobe 15 Pf.
Tanz 50 Pf. Nachzahlung.

Kranken-Unterstützungsverein der Tabakarbeiter Berlins.
(Eingeschriebene Hilfskasse Nr. 88.)
Mittwoch, den 11. Januar 1903, abends 8 1/2 Uhr, bei Feind,
Weinstraße Nr. 11:
Außerordentliche Generalversammlung.
Tagesordnung: Vorlegung des Entwurfs eines neu revidierten
Statuts. — Die Mitglieder sind verpflichtet, zu dieser Vorlage voll und ganz
Stellung zu nehmen und sämtlich zu erscheinen.
187/2 Der Vorstand, Karl Butry, Vorsitzender.

Arbeitervertreter-Verein.
Donnerstag, den 8. Januar cr., abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vorstandes und des Ausschusses der Landes-Versicherungs-
anstalt Berlin, 2. Disziplin, 3. Verschiedenes.
Gäste haben Zutritt. — Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen er-
sucht
Der Vorstand, R. U. B. Pieschel, Vorsitzender, Gartenstr. 51,
53/1
NB. Sämtliche schriftlichen Zusendungen sind an obige Adresse zu richten.
Alle Geldsendungen sind an den Kassierer Adolf Stumpe, Schwedter-
straße 51, zu richten.

Kranz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.
Bereits-Anlage, Palmens- u. Blumen-
Arrangements, Bouquets, Girlanden
u. m. werden fein u. preiswert gefertigt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. — Fernsprecher Amt VII. 353.
Mittwoch, den 7. Januar 1903, abends 8 Uhr:
Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15, Saal 1.
Die Konferenzen der Vertrauensleute für den Osten und Westen fallen am Mittwoch, den
7. Januar, aus. 110/4

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Verfallene Pfänder. Goldschm.
wie Brillanten f. Ver. gold. u.
silberne Uhren, Ketten, Ringe, Lauben
u. Löcher, w. Spahn, wert. Silber Gold,
Silber w. gekauft u. in Zahl. gen. in
Händl. Pringelstr. 29 I, Ecke Ritterstr.

Albert Marquard
Berlin, Neanderstr. 26.
Dampf-Essenzen-Fabrik,
gegr. 1858,
empfiehlt seine vielfach prä-
mierten Essenzen für Liqueure
und als besondere Spezialität
seinen
Jamaica-Rum-Extrakt
anerkannt als bester und billig-
ster Ersatz zur Herstellung eines
wirklich guten
Rum.

Neueste wahre billige Preise
der Nachnahme.
Wirrl. Zeltzettering, 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/11, 1/12, 1/13, 1/14, 1/15, 1/16, 1/17, 1/18, 1/19, 1/20, 1/21, 1/22, 1/23, 1/24, 1/25, 1/26, 1/27, 1/28, 1/29, 1/30, 1/31, 1/32, 1/33, 1/34, 1/35, 1/36, 1/37, 1/38, 1/39, 1/40, 1/41, 1/42, 1/43, 1/44, 1/45, 1/46, 1/47, 1/48, 1/49, 1/50, 1/51, 1/52, 1/53, 1/54, 1/55, 1/56, 1/57, 1/58, 1/59, 1/60, 1/61, 1/62, 1/63, 1/64, 1/65, 1/66, 1/67, 1/68, 1/69, 1/70, 1/71, 1/72, 1/73, 1/74, 1/75, 1/76, 1/77, 1/78, 1/79, 1/80, 1/81, 1/82, 1/83, 1/84, 1/85, 1/86, 1/87, 1/88, 1/89, 1/90, 1/91, 1/92, 1/93, 1/94, 1/95, 1/96, 1/97, 1/98, 1/99, 1/100, 1/101, 1/102, 1/103, 1/104, 1/105, 1/106, 1/107, 1/108, 1/109, 1/110, 1/111, 1/112, 1/113, 1/114, 1/115, 1/116, 1/117, 1/118, 1/119, 1/120, 1/121, 1/122, 1/123, 1/124, 1/125, 1/126, 1/127, 1/128, 1/129, 1/130, 1/131, 1/132, 1/133, 1/134, 1/135, 1/136, 1/137, 1/138, 1/139, 1/140, 1/141, 1/142, 1/143, 1/144, 1/145, 1/146, 1/147, 1/148, 1/149, 1/150, 1/151, 1/152, 1/153, 1/154, 1/155, 1/156, 1/157, 1/158, 1/159, 1/160, 1/161, 1/162, 1/163, 1/164, 1/165, 1/166, 1/167, 1/168, 1/169, 1/170, 1/171, 1/172, 1/173, 1/174, 1/175, 1/176, 1/177, 1/178, 1/179, 1/180, 1/181, 1/182, 1/183, 1/184, 1/185, 1/186, 1/187, 1/188, 1/189, 1/190, 1/191, 1/192, 1/193, 1/194, 1/195, 1/196, 1/197, 1/198, 1/199, 1/200, 1/201, 1/202, 1/203, 1/204, 1/205, 1/206, 1/207, 1/208, 1/209, 1/210, 1/211, 1/212, 1/213, 1/214, 1/215, 1/216, 1/217, 1/218, 1/219, 1/220, 1/221, 1/222, 1/223, 1/224, 1/225, 1/226, 1/227, 1/228, 1/229, 1/230, 1/231, 1/232, 1/233, 1/234, 1/235, 1/236, 1/237, 1/238, 1/239, 1/240, 1/241, 1/242, 1/243, 1/244, 1/245, 1/246, 1/247, 1/248, 1/249, 1/250, 1/251, 1/252, 1/253, 1/254, 1/255, 1/256, 1/257, 1/258, 1/259, 1/260, 1/261, 1/262, 1/263, 1/264, 1/265, 1/266, 1/267, 1/268, 1/269, 1/270, 1/271, 1/272, 1/273, 1/274, 1/275, 1/276, 1/277, 1/278, 1/279, 1/280, 1/281, 1/282, 1/283, 1/284, 1/285, 1/286, 1/287, 1/288, 1/289, 1/290, 1/291, 1/292, 1/293, 1/294, 1/295, 1/296, 1/297, 1/298, 1/299, 1/300, 1/301, 1/302, 1/303, 1/304, 1/305, 1/306, 1/307, 1/308, 1/309, 1/310, 1/311, 1/312, 1/313, 1/314, 1/315, 1/316, 1/317, 1/318, 1/319, 1/320, 1/321, 1/322, 1/323, 1/324, 1/325, 1/326, 1/327, 1/328, 1/329, 1/330, 1/331, 1/332, 1/333, 1/334, 1/335, 1/336, 1/337, 1/338, 1/339, 1/340, 1/341, 1/342, 1/343, 1/344, 1/345, 1/346, 1/347, 1/348, 1/349, 1/350, 1/351, 1/352, 1/353, 1/354, 1/355, 1/356, 1/357, 1/358, 1/359, 1/360, 1/361, 1/362, 1/363, 1/364, 1/365, 1/366, 1/367, 1/368, 1/369, 1/370, 1/371, 1/372, 1/373, 1/374, 1/375, 1/376, 1/377, 1/378, 1/379, 1/380, 1/381, 1/382, 1/383, 1/384, 1/385, 1/386, 1/387, 1/388, 1/389, 1/390, 1/391, 1/392, 1/393, 1/394, 1/395, 1/396, 1/397, 1/398, 1/399, 1/400, 1/401, 1/402, 1/403, 1/404, 1/405, 1/406, 1/407, 1/408, 1/409, 1/410, 1/411, 1/412, 1/413, 1/414, 1/415, 1/416, 1/417, 1/418, 1/419, 1/420, 1/421, 1/422, 1/423, 1/424, 1/425, 1/426, 1/427, 1/428, 1/429, 1/430, 1/431, 1/432, 1/433, 1/434, 1/435, 1/436, 1/437, 1/438, 1/439, 1/440, 1/441, 1/442, 1/443, 1/444, 1/445, 1/446, 1/447, 1/448, 1/449, 1/450, 1/451, 1/452, 1/453, 1/454, 1/455, 1/456, 1/457, 1/458, 1/459, 1/460, 1/461, 1/462, 1/463, 1/464, 1/465, 1/466, 1/467, 1/468, 1/469, 1/470, 1/471, 1/472, 1/473, 1/474, 1/475, 1/476, 1/477, 1/478, 1/479, 1/480, 1/481, 1/482, 1/483, 1/484, 1/485, 1/486, 1/487, 1/488, 1/489, 1/490, 1/491, 1/492, 1/493, 1/494, 1/495, 1/496, 1/497, 1/498, 1/499, 1/500, 1/501, 1/502, 1/503, 1/504, 1/505, 1/506, 1/507, 1/508, 1/509, 1/510, 1/511, 1/512, 1/513, 1/514, 1/515, 1/516, 1/517, 1/518, 1/519, 1/520, 1/521, 1/522, 1/523, 1/524, 1/525, 1/526, 1/527, 1/528, 1/529, 1/530, 1/531, 1/532, 1/533, 1/534, 1/535, 1/536, 1/537, 1/538, 1/539, 1/540, 1/541, 1/542, 1/543, 1/544, 1/545, 1/546, 1/547, 1/548, 1/549, 1/550, 1/551, 1/552, 1/553, 1/554, 1/555, 1/556, 1/557, 1/558, 1/559, 1/560, 1/561, 1/562, 1/563, 1/564, 1/565, 1/566, 1/567, 1/568, 1/569, 1/570, 1/571, 1/572, 1/573, 1/574, 1/575, 1/576, 1/577, 1/578, 1/579, 1/580, 1/581, 1/582, 1/583, 1/584, 1/585, 1/586, 1/587, 1/588, 1/589, 1/590, 1/591, 1/592, 1/593, 1/594, 1/595, 1/596, 1/597, 1/598, 1/599, 1/600, 1/601, 1/602, 1/603, 1/604, 1/605, 1/606, 1/607, 1/608, 1/609, 1/610, 1/611, 1/612, 1/613, 1/614, 1/615, 1/616, 1/617, 1/618, 1/619, 1/620, 1/621, 1/622, 1/623, 1/624, 1/625, 1/626, 1/627, 1/628, 1/629, 1/630, 1/631, 1/632, 1/633, 1/634, 1/635, 1/636, 1/637, 1/638, 1/639, 1/640, 1/641, 1/642, 1/643, 1/644, 1/645, 1/646, 1/647, 1/648, 1/649, 1/650, 1/651, 1/652, 1/653, 1/654, 1/655, 1/656, 1/657, 1/658, 1/659, 1/660, 1/661, 1/662, 1/663, 1/664, 1/665, 1/666, 1/667, 1/668, 1/669, 1/670, 1/671, 1/672, 1/673, 1/674, 1/675, 1/676, 1/677, 1/678, 1/679, 1/680, 1/681, 1/682, 1/683, 1/684, 1/685, 1/686, 1/687, 1/688, 1/689, 1/690, 1/691, 1/692, 1/693, 1/694, 1/695, 1/696, 1/697, 1/698, 1/699, 1/700, 1/701, 1/702, 1/703, 1/704, 1/705, 1/706, 1/707, 1/708, 1/709, 1/710, 1/711, 1/712, 1/713, 1/714, 1/715, 1/716, 1/717, 1/718, 1/719, 1/720, 1/721, 1/722, 1/723, 1/724, 1/725, 1/726, 1/727, 1/728, 1/729, 1/730, 1/731, 1/732, 1/733, 1/734, 1/735, 1/736, 1/737, 1/738, 1/739, 1/740, 1/741, 1/742, 1/743, 1/744, 1/745, 1/746, 1/747, 1/748, 1/749, 1/750, 1/751, 1/752, 1/753, 1/754, 1/755, 1/756, 1/757, 1/758, 1/759, 1/760, 1/761, 1/762, 1/763, 1/764, 1/765, 1/766, 1/767, 1/768, 1/769, 1/770, 1/771, 1/772, 1/773, 1/774, 1/775, 1/776, 1/777, 1/778, 1/779, 1/780, 1/781, 1/782, 1/783, 1/784, 1/785, 1/786, 1/787, 1/788, 1/789, 1/790, 1/791, 1/792, 1/793, 1/794, 1/795, 1/796, 1/797, 1/798, 1/799, 1/800, 1/801, 1/802, 1/803, 1/804, 1/805, 1/806, 1/807, 1/808, 1/809, 1/810, 1/811, 1/812, 1/813, 1/814, 1/815, 1/816, 1/817, 1/818, 1/819, 1/820, 1/821, 1/822, 1/823, 1/824, 1/825, 1/826, 1/827, 1/828, 1/829, 1/830, 1/831, 1/832, 1/833, 1/834, 1/835, 1/836, 1/837, 1/838, 1/839, 1/840, 1/841, 1/842, 1/843, 1/844, 1/845, 1/846, 1/847, 1/848, 1/849, 1/850, 1/851, 1/852, 1/853, 1/854, 1/855, 1/856, 1/857, 1/858, 1/859, 1/860, 1/861, 1/862, 1/863, 1/864, 1/865, 1/866, 1/867, 1/868, 1/869, 1/870, 1/871, 1/872, 1/873, 1/874, 1/875, 1/876, 1/877, 1/878, 1/879, 1/880, 1/881, 1/882, 1/883, 1/884, 1/885, 1/886, 1/887, 1/888, 1/889, 1/890, 1/891, 1/892, 1/893, 1/894, 1/895, 1/896, 1/897, 1/898, 1/899, 1/900, 1/901, 1/902, 1/903, 1/904, 1/905, 1/906, 1/907, 1/908, 1/909, 1/910, 1/911, 1/912, 1/913, 1/914, 1/915, 1/916, 1/917, 1/918, 1/919, 1/920, 1/921, 1/922, 1/923, 1/924, 1/925, 1/926, 1/927, 1/928, 1/929, 1/930, 1/931, 1/932, 1/933, 1/934, 1/935, 1/936, 1/937, 1/938, 1/939, 1/940, 1/941, 1/942, 1/943, 1/944, 1/945, 1/946, 1/947, 1/948, 1/949, 1/950, 1/951, 1/952, 1/953, 1/954, 1/955, 1/956, 1/957, 1/958, 1/959, 1/960, 1/961, 1/962, 1/963, 1/964, 1/965, 1/966, 1/967, 1/968, 1/969, 1/970, 1/971, 1/972, 1/973, 1/974, 1/975, 1/976, 1/977, 1/978, 1/979, 1/980, 1/981, 1/982, 1/983, 1/984, 1/985, 1/986, 1/987, 1/988, 1/989, 1/990, 1/991, 1/992, 1/993, 1/994, 1/995, 1/996, 1/997, 1/998, 1/999, 1/1000, 1/1001, 1/1002, 1/1003, 1/1004, 1/1005, 1/1006, 1/1007, 1/1008, 1/1009, 1/1010, 1/1011, 1/1012, 1/1013, 1/1014, 1/1015, 1/1016, 1/1017, 1/1018, 1/1019, 1/1020, 1/1021, 1/1022, 1/1023, 1/1024, 1/1025, 1/1026, 1/1027, 1/1028, 1/1029, 1/1030, 1/1031, 1/1032, 1/1033, 1/1034, 1/1035, 1/1036, 1/1037, 1/1038, 1/1039, 1/1040, 1/1041, 1/1042, 1/1043, 1/1044, 1/1045, 1/1046, 1/1047, 1/1048, 1/1049, 1/1050, 1/1051, 1/1052, 1/1053, 1/1054, 1/1055, 1/1056, 1/1057, 1/1058, 1/1059, 1/1060, 1/1061, 1/1062, 1/1063, 1/1064, 1/1065, 1/1066, 1/1067, 1/1068, 1/1069, 1/1070, 1/1071, 1/1072, 1/1073, 1/1074, 1/1075, 1/1076, 1/1077, 1/1078, 1/1079, 1/1080, 1/1081, 1/1082, 1/1083, 1/1084, 1/1085, 1/1086, 1/1087, 1/1088, 1/1089, 1/1090, 1/1091, 1/1092, 1/1093, 1/1094, 1/1095, 1/1096, 1/1097, 1/1098, 1/1099, 1/1100, 1/1101, 1/1102, 1/1103, 1/1104, 1/1105, 1/1106, 1/1107, 1/1108, 1/1109, 1/1110, 1/1111, 1/1112, 1/1113, 1/1114, 1/1115, 1/1116, 1/1117, 1/1118, 1/1119, 1/1120, 1/1121, 1/1122, 1/1123, 1/1124, 1/1125, 1/1126, 1/1127, 1/1128, 1/1129, 1/1130, 1/1131, 1/1132, 1/1133, 1/1134, 1/1135, 1/1136, 1/1137, 1/1138, 1/1139, 1/1140, 1/1141, 1/1142, 1/1143, 1/1144, 1/1145, 1/1146, 1/1147, 1/1148, 1/1149, 1/1150, 1/1151, 1/1152, 1/1153, 1/1154, 1/1155, 1/1156, 1/1157, 1/1158, 1/1159, 1/1160, 1/1161, 1/1162, 1/1163, 1/1164, 1/1165, 1/1166, 1/1167, 1/1168, 1/1